

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Die CDU und der Geist

Johannes Gross

Rüdiger Altmann

Peter Fränz

Eberhard Amelung

11

NOVEMBER 1964

12. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Das Menschliche in der Politik	1
Eberhard Amelung	
Kurz kommentiert	4
Kohlen und Kartoffeln — Meinungsfreiheit nicht für alle? — Ein Film und die Kirche — Opposition	
Die CDU und ihre Scheinprobleme	6
Johannes Gross	
CDU und Geist	8
Rüdiger Altmann	
Links sind die Nerven zu kurz	10
Peter Fränz	
Die CDU und ihr Geist	12
Eberhard Amelung	
Berichte	14
Zusammenschluß europäischer Kirchen in „Nyborg IV“	
Dokumente	15
Rede des israelischen Ministerpräsidenten Eshkol vor der Knesseth in Jerusalem	
Bücher	18
Wilhelm Hennis, Politik und praktische Philosophie — Herbert Krüger, Allgemeine Staatslehre	

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Johannes Gross (Köln-Lindenthal, Virchowstraße 14) ist Leiter der Abteilung Politik beim Deutschlandfunk in Köln. — Dr. Rüdiger Altmann (Bonn, Markt) ist Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages. — Peter Fränz (Bonn, Wolkenburgstraße 1) ist Journalist in Bonn. — Dr. Gabriele Wülker (Bonn-Süd, Erftweg 36) war Staatssekretärin im Bundesministerium für Familienfragen.

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

ng, Heft 11

r 1964

Das Menschliche in der Politik

Das amerikanische Volk hat gewählt. Wenn man den Worten des unterlegenen Senators Goldwater glauben würde, so hätte es sich für Korruption, moralischen Verfall und eine Phase unrühmlichen nationalen Niedergangs entschlossen. Denn auch nach der Wahl hat er ungebrochen seine Thesen vertreten und seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß seine Vorausschau sich in vier Jahren bestätigen werde.

Es ist erstaunlich, wie sehr in dem diesjährigen Wahlkampf das Thema der politischen Moral eine Rolle gespielt hat. Nicht nur die Reden der Politiker beschäftigten sich damit, sondern auch viele einzelne Zeitungsartikel behandelten das Thema. Gewiß, mehr als in anderen Ländern haben die Amerikaner sich in ihrer Geschichte mit diesem Problem befassen müssen, denn zur gleichen Zeit, da das Volk seine politische Gestalt gewinnen mußte, dehnte es sich aus und nahm immer neue Gebiete in Besitz. Dadurch entstanden unendlich viele Probleme, die auch moralisch bewältigt werden mußten.

Die Diskussion zwischen Politik und Moral vollzog sich im diesjährigen Wahlkampf auf drei Ebenen. Da war zunächst die primitive, aber deshalb auch immer wieder gern gebrauchte These von der Korruption und der moralischen Verworfenheit derer, die an der Macht sind. Es hat wenige Wahlkämpfe in der amerikanischen Geschichte gegeben, in denen nicht der eine oder andere Skandal eine Rolle spielte. Beim Fehlen eines Berufsbeamtentums ist es leichter, für nicht ganz gefestigte Charaktere, in hohe Stellungen zu gelangen. Auch die Regierung Johnson ist davon nicht verschont geblieben. Dementsprechend legten die Republikaner auf die sittliche Haltung einzelner Politiker eine besondere Betonung. Sie wiederholten damit im Grunde nur die Argumente der Demokraten aus dem Wahlkampf von 1960.

Die zweite Ebene des Gesprächs tauchte in diesem Jahr zum ersten Mal auf. Es waren die allgemeinen Klagen über den sittlichen Verfall der Nation. Der republikanische Senator hat immer wieder vor das Volk das Bild des individualistischen, freien und mutigen Mannes gestellt, der vom Staat nichts erwartet und deshalb bereit ist, die staatlichen Funktionen soweit wie möglich einzuschränken, und der sich doch für das Leben der Nation verantwortlich fühlt. Die Regierung machte er dafür verantwortlich, daß sie gerade diesen Menschen mit ihrer Politik korrumpiere. Daraus entstände dann auch der allgemeine moralische Niedergang. Ein gehöriger Schuß Idealismus hat sich hier mit gewissen konservativen Vorstellungen verbunden. Aber offenbar genügte den amerikanischen Wählern jene idealistische Vorstellung nicht, solange der Senator nicht angeben konnte, wie er sich mit den harten Wirklichkeiten des politischen Lebens auseinandersetzen würde. Auch die Frauenvereinigungen konnten ihm dabei nicht helfen; ihr Beitrag zum Wahlkampf, jener Fernsehfilm, der den moralischen Nieder-

gang der Nation beleuchten sollte, wurde von Goldwater selbst zurückgezogen, weil er die sittliche Haltung der Partei in ein schiefes Licht hätte setzen können.

Eine dritte Ebene des Gesprächs über die Beziehungen zwischen Moral und Politik bestimmt die politische Diskussion zumindest seit dem Wahlkampf 1960. Es ist jene Ebene, die von Präsident Kennedy zuerst in all seinen Reden wirkungsvoll angesprochen wurde. Es geht um das Problem der richtigen Politik in einer sich schnell wandelnden Welt, um die Frage, mit welchen Mitteln man in der heutigen Zeit die politischen Auseinandersetzungen führen muß und darf. Wer für die Welt verantwortlich ist, indem er über Atomwaffen verfügt, der kann nicht anders, als sich der Frage nach dem letzten Sinn politischen Handelns zu stellen. Man kann sich oft des Eindrucks nicht erwehren, daß viele Reden Kalter Krieger diesseits und jenseits des Atlantiks nur deshalb gehalten werden, weil die Redenden sich noch nicht klar gemacht haben, was politische Verantwortung in unserer Welt bedeutet. Die moderne Welt hat Probleme geschaffen, die so kompliziert und neuartig sind, daß wir sie mit den herkömmlichen Mitteln kaum lösen können. Deshalb ist das Durchdenken politischer Probleme mit einer Dringlichkeit gefordert, wie sie frühere Jahrhunderte nicht kannten. Man kann sich dabei nicht mehr auf die Intuition eines einzelnen Politikers verlassen, auch dann nicht, wenn dieser einzelne Politiker die Entscheidungen fällen muß.

In diesem Monat ist es ein Jahr her, daß Präsident Kennedy ermordet wurde. Er hat nach seinem Tod wahrscheinlich die Menschen mehr beschäftigt als zu Lebzeiten. Erst als er gegangen war, wurde deutlich, daß Neues mit ihm in die politische Welt getragen war. Sein Erbe zu verwalten, sehen viele bedeutende Menschen als eine ihrer Aufgaben an.

Schon zu Lebzeiten Präsident Kennedys war der Plan gefaßt worden, an der Harvard Universität in der Nähe von Boston eine Bibliothek zu schaffen, in der des Präsidenten politische Papiere aufgehoben werden sollen. Er selbst hatte noch den Ort ausgesucht und die ersten Vorbereitungen getroffen. Diese Pläne sind nun aufgenommen und ausgebaut worden. Aus der Bibliothek soll ein Institut werden, in dem „die Welt des Geistes und des politischen Geschehens, die Welt des Wissens und der Macht“ mit einander konfrontiert werden. Junge Menschen aus allen Ländern der Erde sollen gemeinsam an dem Vermächtnis des Präsidenten teilhaben und ihnen soll die Möglichkeit gegeben werden, an der Fortführung seiner politischen Ideen zu arbeiten.

Aber das Institut wird nicht nur darauf ausgerichtet sein, ein Erbe zu verwalten, es soll nicht nur wiederholt und neu dargestellt werden, was der Präsident wollte. Die Arbeit im Institut wird von dem, wofür er stand, nur die grundlegenden Anstöße empfangen. Es soll darüber hinaus ein Ort geschaffen werden, an dem die politischen Probleme der Welt durchdacht und Menschen in einem solchen Durchdenken geschult werden können.

Deshalb sollen die Stipendiaten des Instituts vor allen Dingen angehende Politiker sein, junge Menschen, die voraussichtlich in dem politischen Leben ihrer eigenen Nation eine wichtige Rolle spielen werden. Es ist eine faszinierende Idee, die hier vorgetragen wird. Entscheidendes könnte für den Lauf der Welt dadurch gewonnen werden, daß die Männer, die die politische Verantwortung tragen, einmal in ihrem Leben zusammen gearbeitet und diskutiert, ja, an einem gemeinsamen Ort für längere Zeit gelebt haben.

Es hat sich in diesen Tagen in der Bundesrepublik wieder gezeigt, wie sehr auch die große Politik von menschlichen Sym- und Antipathien bestimmt wird. Das Gespräch in der Politik dreht sich zwar zunächst um die Lösung bestimmter politischer Sachfragen. Aber es gibt kaum einen Menschen, der bei der Diskussion solcher Sachfragen von der Persönlichkeit dessen, mit dem er diskutiert, völlig abstrahieren könnte. Es scheint sogar, als ob frühere Generationen diese Kunst in stärkerem Maße besessen haben als unsere Zeit. Um so wichtiger könnte es sein, daß sich die politisch Verantwortlichen schon irgendwann einmal in ihrem Leben begegnet sind, und sich nicht zum ersten Mal an einem Konferenztisch treffen.

Natürlich wird nur ein kleiner Teil der Politiker der Zukunft im Kennedy-Institut zusammen arbeiten können. Soll eine solche Institution ihre Aufgabe erfüllen, so darf sie nicht zu groß werden. Ein gewisser intimer Charakter muß erhalten bleiben. Aber nach diesem Institut könnten gleichartige in anderen Teilen der Welt gegründet werden. Die Verwalter des Erbes von Präsident Kennedy haben alle Länder der Welt eingeladen, sich an dem Aufbau und der Finanzierung des Instituts zu beteiligen. Auch in der Bundesrepublik ist ein Kuratorium gegründet worden, welches es übernommen hat, den Beitrag der Bundesrepublik zu sammeln. Dieses Kuratorium steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, und alle politischen Parteien und alle bedeutenden Gruppen der Gesellschaft sind in ihm vertreten. Anlässlich des Jahrestages des Todes von Präsident Kennedy werden Gedächtnisfeiern in vielen Orten der Bundesrepublik durchgeführt. Es ist zu hoffen, daß in diesen Tagen auch der Gedanke des Instituts die Verbreitung findet, die er verdient. Aber darüber hinaus ist die gesamte Bevölkerung aufgerufen, zur Finanzierung des deutschen Beitrages zu helfen und Spenden auf das Konto des Kennedy-Gedächtnis-Instituts zu überweisen. Die Zahl der Stipendiaten, die in Zukunft an dem Institut werden studieren können, richtet sich nach der Höhe der Beiträge, welche die einzelnen Nationen aufbringen. Je größer der Fond ist, der heute von der Bundesrepublik dort angelegt wird, desto mehr deutsche Politiker werden an der gemeinsamen Arbeit teilnehmen können. Das Geld, welches wir heute aufbringen, könnte zu einer Anzahlung auf eine gute Zukunft werden. Deshalb sollten wir uns alle für diese Sache einsetzen.

Aufruf des Kuratoriums für das Kennedy-Gedächtnis-Institut

In dem Jahr, das seit dem Tode John F. Kennedys vergangen ist, ist sein Bild noch deutlicher geworden. Sein tiefes Verständnis für die moderne Welt, seine ebenso reale wie kühne politische Phantasie und die Inspiration, die von seiner Persönlichkeit ausging, sind uns jetzt erst ganz bewußt. Das endgültige Urteil über die Größe seiner staatsmännischen Leistung bleibt der Geschichte vorbehalten. Sicherlich steht schon heute fest: der Präsident war ein großer Freund des deutschen Volkes, ein Verfechter der Idee der Wiedervereinigung ebenso wie der einer Einigung Europas. Sein Angebot einer europäisch-amerikanischen Partnerschaft unter Gleichen ist und bleibt das große Ziel der zukünftigen Politik Europas und der Vereinigten Staaten. Sein Bekenntnis zu diesen Zielen in seinen Reden in Berlin und Frankfurt ist unvergessen.

Nach seinem Tode haben sich in den USA und vielen Ländern des Westens Komitees gebildet, die sich die Aufgabe gestellt haben, die notwendigen Mittel aufzubringen, um ein Kennedy-Gedächtnis-Institut in Boston zu errichten, das ein Zentrum für das Studium der internationalen Politik werden soll. Auf Wunsch der Familie Kennedy sollen die in Deutschland gesammelten Gelder zu einem erheblichen Teil zu Stipendien für deutsche Studenten verwandt werden, die an dem künftigen Institut zusammen mit Vertretern aus aller Welt studieren wollen.

Das deutsche Kuratorium bittet die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, ihr dankbare Verbundenheit mit dem verstorbenen amerikanischen Präsidenten auch durch Beiträge zur Errichtung dieser Erinnerungsstätte zu bekunden.

Spendenkonto: Kennedy-Gedächtnis-Institut, Postscheckkonto Hamburg 2000

Das Deutsche Kuratorium für die Kennedy-Bibliothek

Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke
Schirmherr

Dr. Kurt Birrenbach
Vorsitzender

Kohlen und Kartoffeln

Im Ruhrgebiet wachsen seit Monaten wieder die Kohlenhalden. Ein milder Winter und das weitere Vordringen des Heizöls haben gleichermaßen zu einem weiteren Rückgang des Kohleverbrauchs geführt. Zechenvorstände, IG-Bergbau und die Politiker von Nordrhein-Westfalen machen sich gemeinsam auf den Weg nach Bonn, um von dort Hilfe zu fordern. Nach ihren Vorstellungen soll die Bundesregierung der Kohle einen festen Marktanteil auf dem Energiemarkt garantieren. Das einzige Hilfsmittel sehen sie in einer Einschränkung der Heizölimporte.

Die Forderungen werden auch mit dem Hinweis auf die Subventionen für die Landwirtschaft begründet. Was dem einen recht ist, soll dem anderen billig sein, auch wenn man sonst durchaus gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung Stellung nimmt. Hier ergibt sich eine interessante Konstellation. Landwirtschaft und Kohlebergbau beanspruchen sehr leicht eine Sonderstellung und ihre Argumentation gleicht sich in vieler Hinsicht. Alle Argumente haben nämlich leicht völkische Obertöne. Wirtschaftliche Gesichtspunkte sollen bei der geforderten Unterstützung keine Rolle spielen. Die sogenannten höheren Gesichtspunkte sollen vielmehr in Betracht gezogen werden.

Die Situation auf dem Kohlemarkt ist nicht in erster Linie das Ergebnis der Energiepolitik der Bundesregierung, sondern der allgemeinen industriellen Rationalisierung und der erhöhten Ansprüche an das Leben im ganzen Volk. Die Kohle hat nun einmal an sich, daß sie nicht durch Rohrleitungen fließt, daß sie schwarz ist, daß sie staubt und Asche hinterläßt. Die Industrie zieht das Rohöl vor, weil es ihr Arbeitskräfte erspart; die Hausfrau sehnt sich nach dem Ölofen oder der Ölzentralheizung, weil sie um ein Vieles bequemer ist. Auch Importbeschränkungen werden daran nichts ändern. Sie werden der Kohle keinen zusätzlichen Markt verschaffen, sondern höchstens die allgemeinen Lebenshaltungskosten erhöhen. Wir sind nun einmal heute so gestimmt, daß wir um des höheren Lebensstandards willen auch höhere Preise zu zahlen bereit sind. Das tun auch die Angehörigen der IG-Bergbau. Und es schließt nicht aus, daß man hinterher über die hohen Preise schimpft. e. a.

Meinungsfreiheit nicht für alle?

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Vizeadmiral a. D. Guido Heye, hat seinen Rücktritt erklärt. Er hat seinen Schritt mit seinem Gesundheitszustand begründet, doch zugleich anklingen lassen, der Wehrbeauftragte werde in seiner Tätigkeit durch die gesetzlichen Bestimmungen in gewisser Hinsicht eingengt, so daß er den ihm gestellten Aufgaben nicht wirklich gerecht werden könne.

Wie weit das stimmt, bleibe dahingestellt. Sicher ist ohne Zweifel, daß die Auseinandersetzungen in der deutschen Öffentlichkeit während der letzten Monate

bei Heye den Eindruck verstärken konnten, sein Amt nicht mehr so ausfüllen zu können, wie es seinen Vorstellungen entspricht. Einer der wesentlichen Vorwürfe gegen ihn war doch der, er habe seine Kompetenzen überschritten, als er in Bonn vor Journalisten zu bedenken gab, ob man nicht in der Bundesrepublik eine Berufsarmee schaffen solle.

Man mag darüber streiten, ob es politisch und militärisch klug ist, derartige Gedanken zu äußern, zumal dann, wenn man das Amt eines Wehrbeauftragten bekleidet. Wir können unsere Zweifel an diesem Punkte nicht verbergen. Dennoch müssen wir fragen, ob Heye mit seinen Äußerungen wirklich seine Kompetenzen überschritten hat. Daß das zumindest von der rechtlichen Seite her nicht zutrifft, hat Friedrich Karl Fromme unlängst in der Frankfurter Allgemeinen überzeugend dargetan. Es muß jedoch darüber hinaus betont werden, daß auch der Wehrbeauftragte des Bundestages, wer immer es sein mag, das Recht besitzt, eine eigene Meinung nicht nur zu haben, sondern auch zu äußern, wie es das Grundgesetz in seinem Artikel 5 für jeden Staatsbürger formuliert. Wie will man einen anderen Wehrbeauftragten finden, wenn man für ihn einen verfassungsrechtlichen Sonderstatus zu postulieren scheint?

In dieses schwierige und mancherlei Angriffen ausgesetzte Amt gehören Männer mit einer eigenen Meinung und dem Mut, diese Meinung auch zu vertreten, kurzum geistig und in gewissem Umfang auch politisch unabhängige Persönlichkeiten, die das Vertrauen des Parlamentes, der Öffentlichkeit und vor allem der Soldaten der Bundeswehr besitzen. Heye war ein solcher Mann. Daß er gelegentlich taktisch ungeschickt vorgegangen ist, soll nicht verschwiegen werden, darf aber nicht dazu benutzt werden, die Möglichkeiten des Wehrbeauftragten beschneiden und ihn gewissermaßen an die Kette legen zu wollen. Noch einmal: Der Spielraum für die Tätigkeit des Wehrbeauftragten darf keinesfalls zu klein bemessen sein, vielmehr bedarf es hier eines ausreichenden Maßes an Freiheit, wenn der Wehrbeauftragte seinen eigentlichen Auftrag wirksam erfüllen soll, über die Praxis der Truppe gemäß den Grundsätzen der Inneren Führung zu wachen. Oder will man sich dem Vorwurf aussetzen, es mit der Verwirklichung dieser Grundsätze nicht wirklich ernst zu meinen? Das möchten wir nicht annehmen. b. u.

Ein Film und die Kirche

Nach Ingmar Bergmans Film „Das Schweigen“ wird seit einigen Wochen in westdeutschen Theatern Vilgot Sjömans „491“ gezeigt. Nach dem Sturm der Erregung um Bergmans eindrucksvollen Versuch, die Isolation vieler Menschen der Gegenwart zu zeigen, sehen wir in „491“ einen Film, der das künstlerische Niveau seines Vorgängers wohl nicht ganz erreicht, aber mit Nüchternheit und Strenge zeigt, wie viele Jugendliche in unseren Tagen (in aller Welt, auch in Deutschland) in verwirrenden sozialen Verhältnissen ohne Orientierung dahinleben und diese auch nicht finden, weil

sie wenig oder gar keine Solidarität unter ihren Zeitgenossen spüren, sondern vor allem Egozentrik sehen und hochklingende Worte hören, die doch nur, wie sie vielfach mit Recht feststellen müssen, jene Ichbezogenheit verdecken und keinen Weg weisen.

Auch Sjöman zeigt keinen Weg. Ihm geht es um weniger und zugleich um viel mehr. Er beschreibt mit allem Nachdruck, dessen der moderne Film fähig ist, eine Situation und will seine Zuschauer aus ihrer Teilnahmslosigkeit herausreißen, um sie zu eigenem Nachdenken zu zwingen. Daß er dabei im Sinne eines *cinéma engagé* nicht davor zurückschreckt, auch widerliche Dinge in aller Öffentlichkeit auszubreiten, ist sein gutes Recht als Künstler. Und die Freiwillige Selbstkontrolle hätte gut daran getan, die künstlerische Einheit des Films nicht durch die Schere zu stören, sondern die angeblich so anstößigen Szenen der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen sollen. Eine offene und harte Sprache ist weniger aufreizend als die verschwommene und nur andeutende Behandlung sexueller Probleme, wie sie in zahllosen Magazinen betrieben wird.

Gerade die Kirchen sollten hier den Mut zu einer offenen Sprache finden und eine nüchterne Beurteilung der Lage wagen. Die Sexualpädagogik gibt ihr dazu hinreichend Material in die Hand. Erschreckend ist es, wenn man in der Presse lesen muß, der Kirchenvorstand einer evangelischen Gemeinde habe beschlossen, solange die Glocken nicht läuten zu lassen, wie der Film „491“ in der Stadt gezeigt werde.

Leider erfahren wir nichts über die Gründe, die den Kirchenvorstand zu seinem Entschluß bewegt haben. Sollte es die Angst vor der Wirklichkeit sein, die Sjöman beschreibt? Oder war es die Sorge um die Jugend, die er durch diesen Film gefährdet glaubte? Wir wissen es nicht. Aber das eine wissen wir: die Reaktion der Kirchenvorsteher ist verfehlt. Sie bewirkt nichts; sie hindert niemanden, den Film zu besuchen und erregt — dessen sind wir gewiß — nur Ärgernis über die angeblich so rückständige Kirche. Die Glocken sollten bald wieder läuten in dieser Gemeinde. Die Kirche darf nicht schweigen, auch nicht ihre Glocken. Sie muß Stellung nehmen, freilich nicht mit nutzlosen Demonstrationen, wie die, über die wir berichtet haben, sondern in der offenen Diskussion mit denen, die „491“ tatsächlich gesehen haben, nicht aber mit denen, die den Film nur vom Hörensagen kennen. Am Ende solcher Erörterungen mag dann auch eine kirchliche Erklärung stehen. Aber darauf kommt es nicht an. Entscheidend ist, daß die Kirche die Türen zur Welt öffnet, und das heißt auch gegenüber dem Film, der, zumal dann, wenn er so ernsthaft auftritt wie „Das Schweigen“ oder „491“, in besonderer Weise ein Spiegelbild unserer Gesellschaft ist, in der auch die Kirche lebt.

-ck-

Opposition

Die Frankfurter Allgemeine brachte unlängst folgenden Kommentar, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

D. Red.

I. T. Die Führung der SPD fühlt sich obenauf. Das kommt nicht von ungefähr; das hat seine Gründe — Gründe, mit denen sich die Führungen der Regierungs-

parteien intensiver, kontinuierlicher und konsequenter befassen sollten, statt ihre Zänkereien immer wieder zu beleben. Jedenfalls würde sich das empfehlen, wenn jene Parteiführungen noch den Willen haben sollten, sich bei der Bundestagswahl von 1965 durchzusetzen und nicht zur Abwechslung einmal die Oppositionsbänke zu beziehen. Gegenwärtig machen die Führungskreise dieser Regierungsparteien allerdings trotz gelegentlich besserer Vorsätze und eifriger Beteuerungen den Eindruck, als wollten sie es den britischen Konservativen gleichtun und also ihrer Regierung selbst ein Ende machen. Die Aufführung der Zerrissenheit im eigenen Lager, die immer wieder dazu führt, daß der Bundesregierung in den Rücken gefallen und daß ihr Ansehen geschmälert wird, ist einer der Hauptgründe für den Auftrieb, den die sozialdemokratische Oppositionspartei verspürt.

Der frühere Bundeskanzler Adenauer hat dazu mit einem Interview wiederum nach seinen Kräften beigetragen. Über dieses Interview herrscht überall dort die größte Genugtuung und helle Freude, wo man der Regierung das Scheitern wünscht und die eklatante Niederlage in der nächsten Bundestagswahl. Einen Schrecken dagegen haben jene in der CDU/CSU erlebt, die sich nach den letzten schlechten Erfahrungen in den Kommunalwahlen ernsthaft darum bemühen, die Kräfte zusammenzuführen und um den Bundeskanzler zu scharen. Nun ist das schon wieder schiefgegangen. Niemand kann und niemand wird diejenigen beneiden, die die Scherben wieder aufzufegen haben. Mitgefühl ist ihnen sicher. Je öfter sie noch von eigenen Parteifreunden in diese oder eine ähnliche Situation versetzt werden, um so mehr werden dessen die Sozialdemokraten zufrieden sein können. Begreiflicherweise suchen sie die für sie erfreulichen Ergebnisse der Kommunalwahlen in fünf Bundesländern noch politisch-psychologisch auszuwerten, etwa nach dem Motto: Wo Tauben sind, da fliegen Tauben zu. Sie wissen sehr wohl, daß zwar der soziale Strukturwandel des Wohlfahrtsstaates und der „Konsumgesellschaft“ Bedingungen schafft, die ihrer Partei zuträglich sind, daß aber schließlich und vor allem ihr Erfolg ein Reflex vom Versagen der beiden Gegenparteien ist, — und zwar dieser Parteien und ihrer streitbaren, egozentrischen Oligarchen, nicht aber der Regierung.

Die Ankündigung der SPD-Führung, es werde auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe nun so etwas wie eine „Regierungsmannschaft“ der SPD rund um den Kanzlerkandidaten Brandt präsentiert werden, gehört zu den Bemühungen, den Eindruck hervorgerufen, angesichts der offenbar endlosen Streitereien in der CDU/CSU und in der Koalition sei die SPD auf ihrem Siegesgang bald nicht mehr aufzuhalten. Eine ähnliche Vorkehrung mit Brandts „Mannschaft“ ist zwar auch schon vor der vorigen Bundestagswahl getroffen worden. Diesmal aber scheint man gewillt, daraus mehr zu machen und das „Alternativkabinett“ wirkungsvoller darzubieten; und man stößt dabei auf mehr Interesse. Die Opposition wird sich noch mehr einfallen lassen. Ihre besten Einfälle sind allerdings die, die jene haben, die Erhard im Koalitionslager übelwollen und ihm Knüppel zwischen die Beine werfen.

Die CDU und der Geist

Im Jahre 1954 wurde in Marburg der „Civis“ als Zeitschrift des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten gegründet. Zehn Jahre später forderte die heutige Civis-Redaktion die ehemaligen Redakteure auf, in Jubiläumsartikeln die Frage nach dem Verhältnis der CDU zum Geist zu behandeln. Das Ergebnis sind die folgenden vier Artikel, die im Laufe des Sommers 1964 erschienen sind. Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion des „Civis“ bringen wir sie in diesem Heft, weil sie zusammengenommen eine bedeutende Analyse der gegenwärtigen Situation der CDU darstellen. Sie sind kritisch, aber es kann der CDU nur nützen, wenn sie diese Stimmen ernst nimmt.

Die Schriftleitung

Die CDU und ihre Scheinprobleme

Johannes Gross

So wie die Deutschen nicht aufhören, sich selbst problematisch zu sein, empfindet auch ihre herrschende Partei. Wohl bis ans Ende ihrer Tage werden CDU-Konventikel, protestantische vor allem, darüber brüten, ob es christliche Politik gebe, ob eine CDU überhaupt sein dürfe. Dieses Problem, so existentiell es auch anmutet, wird der CDU freilich kaum zur Quelle von Gefahr, nützt ihr vielleicht, weil es einige Theologen an ihr engagiert — das Interesse an ihrem Fortbestand ist zumindest bei ihren Funktionären und Mandatsinhabern genügend stark, um unwiderstehlich zu sein. Während aber die Praktiker in der Union sich im Hinblick auf das große „C“ im Parteinamen mit einem „dubito, ergo sum“, beruhigen, wälzt die CDU in ihrem Innern eine Reihe von Scheinproblemen, die ihr bedrohlich werden, weil sie alle Energie abziehen von dem, was not tut, nämlich Politik.

Das erste dieser Scheinprobleme ist die sogenannte Parteireform, das zweite das gestörte Verhältnis zum sozial etablierten Geist, vor allem der Schar der Intellektuellen.

Die Parteireform

Zur Parteireform mag es genügen zu sagen, daß das Elend der Union nicht organisatorisch begründet und nicht organisatorisch zu kurieren ist; die Parteireform

ist technisch wichtig und wichtig für die Techniker; für das Schicksal der CDU/CSU ist sie belanglos.

Es ist nicht zufällig, daß die Diskussion um die Scheinprobleme in den letzten Jahren der Ära Adenauer begann, als die deutsche Politik, und das heißt vor allem die CDU, sich vor Fragen gestellt sah, auf die sie keine Antwort finden konnte. Nach der Mentalität, die politische Praktiker allenthalben haben, produziert die Furcht vor dem grundsätzlichen Versagen die Suche nach Sekundärsachen, auf die hin Lösungsversuche entworfen werden. So ersparte sich die Union die Frage nach ihrer Politik (ich habe in einem frühen Stadium der Diskussion in der „Zeit“ vom 8. 6. 1962 eine Antwort versucht, welche durch die Entrüstung hoher CDU-Personen alsbald legitimiert wurde), indem sie mit zunehmender Hysterie die nach ihrer Organisation und ihren public relations, ihrer Propaganda, stellte: da doch die Politik unvermindert vortrefflich war, sollten diese schuld sein, daß es nicht mehr recht voranging mit dem „Unionsgedanken“ und dem christlichen Menschenbild. Schuld mangelhafter Organisation: also Parteireform; Schuld schlechter Propaganda: also Freundschaft mit den Intellektuellen.

Das ist kein non sequitur. Für die Union ist ihr Verhältnis zu den Intellektuellen ein Aspekt ihrer „Krise“. Sie sieht die Intellektuellen ganz richtig als Machthaber im Reich der Meinung, die ihr — zumindest auf lange Frist — schaden können, nicht etwa als „Intelligenz“, als „Geist“ im allgemeinen Verstande, mit dem es sich fruchtbar zu verbünden gelte. Sie will ja nicht etwa den flott-amerikanischen jungen Herren aus Politologie, Soziologie und Ökonomik Einfluß auf den Gang der Geschäfte einräumen — was sie will, sind freundliche Kommentare, intellektuell getönte Akklamation zu den Taten des Kanzlers und seiner Mannschaft. Darum geht sie den

Intellektuellen um den Bart, den einflußreicheren, weil potenteren Journalisten und den politisierenden Schriftsteller und Künstlern. Daran tut sie im Grunde ganz recht, auch wenn sie selbst ihr Tun an dem alten Dilemma der deutschen Provinz „Macht und Geist“ zu legitimieren sucht. Um dieses Dilemma geht es nicht, es entzieht sich der Manipulation durch Parteivorstände und guten Willen; unter glücklichen Sternen reguliert es sich von selbst, sozusagen durch Personalunion, wenn der Herrscher selbst gebildet ist und mit der Kraft der Reflexion begabt, wenn er der Faszination seiner Macht die seines Geistes verbindet: König Salomo, Perikles, Caesar, der Kaiser Friedrich II. und der König gleichen Namens, Napoleon, auch Bismarck, obwohl der schon Fontane nur halb und Nietzsche gar nicht mit sich und seinem Werk versöhnen konnte. Die Union will und muß aber regieren, ohne einen Genius zum Führer zu haben. Für sie geht es nicht um Macht und Geist, sondern um Macht.

Ihr Verhältnis zu den Intellektuellen ist also ein Scheinproblem, man könnte auch sagen, ein bloß akzessorisches: bestünde nicht die tiefe Krise ihrer Politik, sie würde ihr Verhältnis zu den Intellektuellen nicht als Problem empfinden.

Adenauer unterhielt zu seiner besten Zeit immer eine schlechte Beziehung zu den Intellektuellen und konnte die Wahlen trotzdem gewinnen, weil er durch eine Politik, die 1950 genial und 1957 noch zeitgemäß war, die Wählerschaft den Leitartiklern zum Trotz hinter sich versammelte.

Verlust an politischer Substanz

Nun soll dieses Verhältnis verbessert werden, damit der Verlust an politischer Substanz nicht zu öffentlicher Kenntnis gelangt. Es wäre interessant, über diesen Verlust nachzuzinieren; hier genügt die Andeutung, daß er in der Einkehr der Bundesrepublik in die Normalität begründet liegt; daß der Wiederaufbau und die Nachkriegszeit mit ihren Hoffnungen zu Ende sind, Europa sich wieder in Nationalstaaten einteilt, daß die Wiedervereinigung als unmittelbares Ziel der Politik ausscheidet.

Der CDU fehlen, mit einem Wort, die Ruinen, mit denen ihre Leistung so glänzend kontrastierte? Wiederaufbau war ihre erste Devise, Wiedereingliederung Deutschlands – das ist erreicht und ohne Perspektive für die Zukunft. Einheit Europas war die andere und Einheit Deutschlands, und beides scheint nicht näher zu rücken, je mehr die Jahre ins Land gehen.

Aber im Gegensatz zur Christenheit, die sich in der Zeit häuslich einzurichten wußte, als die Wiederkunft des Herrn nicht so rasch kam wie erhofft, weigert sich die CDU, sich im status quo zu etablieren, aus ihm mit Vernunft Nutzen zu ziehen: in der Außenpolitik will sie keine nationalen Interessen definieren und im Innern steht sie betäubt vor der Wohlstandsgesellschaft, Verfluchungen des Materialismus vor sich hinhinmurmelt. Sie hat Antworten auf Fragen, die keiner mehr stellt (mit der anderen Partei steht es nicht besser, doch läßt sich mit einer Null-Ansage eher opponieren als regieren).

Da die CDU entschlossen ist, sich mit den Intellektuellen zu arrangieren, aber offenbar nicht weiß, wie das ins

Werk zu setzen sei, werden ihr einige Überlegungen willkommen sein:

Die Intellektuellen und die Mäzene

1. Die Intellektuellen sind dem Machthaber günstig zu stimmen, wenn sie mäzenatisch betreut werden. Das verlangt freilich große Mittel und elegante Formen der Distribution: beides ist unter Bedingungen demokratischer Verfassung schwer zu erreichen (Beaumarchais bekam für den Figaro vom Hof 2 Millionen in Gold, Horaz' Landgut war nach heutigen Begriffen ebenfalls Millionen wert, Gentz erhielt dank Metternich Gehalt, Haus, Equipage pp. für sich und Fanny Elßler, hohe Subsidien von England obendrein); in Westdeutschland werden an Schriftsteller und Publizisten mit Pomp Preise von 2000 DM bis 10 000 DM verteilt, mit denen bloß Ressentiments genährt werden. Die Bundesrepublik belegt die Intellektuellen mit der Umsatzsteuer, wie die Kurzwarenhändler, und mit einer Einkommensteuer, die sie, in guten Jahren, zur Auswanderung zwingt.

Die Intellektuellen und die Herrschaft

2. Die Intellektuellen werden staaterhaltend und aufbauwillig, wenn sie am Prestige der Herrschaft beteiligt werden. Nur in Zeiten der Umwälzung regieren Intellektuelle selbst, wie in der Französischen Revolution, bei der Begründung der amerikanischen Republik, weniger deutlich im Preußen der Reformen und Freiheitskriege: sie exekutieren dann gleichsam die politisch-philosophische Bewegung, die sie selber schufen. Für normale Zustände ist hingegen das Beispiel Kennedys lehrreich.

Der berühmte Präsident tat nichts anderes, als daß er den Intellektuellen erlaubte, der Faszination der Macht zu erliegen. Er stärkte das Selbstbewußtsein aller Intellektuellen, indem er einige von ihnen an seinen Hof zog, dem sie eine werbeträchtige intellektuelle Aura verliehen. Nur einer gelangte im Grunde zu wirklichem Einfluß, McGeorge Bundy, die anderen entwarfen Konzepte, die nicht Politik wurden, oder schrieben glänzende Reden und Manifeste, die Kennedy erlaubten, auch dort Politik zu simulieren, wo kein Konzept bestand und ihm jedenfalls gestatteten, sein Regime in jeder Phase auf das eindrucksvollste darzustellen und die enthusiastische Akklamation der ganzen überwiegenden Mehrheit der Intellektuellen entgegenzunehmen.

Das war eine hohe Leistung, die nicht beliebig nachzuvollziehen ist. Sie setzt eine Politik voraus, die intellektuell artikulierbar ist und einen Herrscher, dessen geistige und gesellschaftliche Talente den persönlichen Verkehr mit den Intellektuellen ermöglichen.

Ideologischer Morast

3. Die Intellektuellen zu gewinnen, ist in der Bundesrepublik aus allgemeinen Gründen schwerer und für die CDU besonders. Die Mehrheit der deutschen Intellektuellen ist vom Antifaschismus besessen. Antifaschismus kommt notwendig der Linken zustatten. Die CDU spürt das dumpf, bringt aber nicht die Courage auf, sich der schädlichen Bewegung zu entziehen. Sie pflegt Kontakte zum Gaullismus, nach Spanien, Portugal und zu restaurativen Exilgruppen, aber sie tut es mit schlechtem Gewissen, schwitzend und schamrot. Zugleich möchte sie

keinesfalls reaktionär sein, sondern auch fortschrittlich, wenn auch auf konservative Weise: ein ideologischer Morast, in dem keine Position abzustecken ist.

4. In der Bundesrepublik wird politische Naivität als Erziehungsideal angesehen und subsidiert. Es gibt Ämter, deren Amt es ist, von der Politik eine idyllische Annonce zu entwerfen, in der es um faire Auseinandersetzung geht statt um Kampf und Zank um Herrschaft; wo edle Charaktere dem Gemeinwohl dienen, einig im Ziel, unterschieden nur im Weg; wo die Zehn Gebote unverbrüchlicher in Geltung stehen sollen als selbst im Erwerbsleben oder am heimischen Herd: so wird eine moralische Überspannung der Politik betrieben, die dereinst fürchterliche Re-Aktionen auslösen kann. Es ist, als ob Max Weber oder Robert Michels für die Deutschen umsonst gelebt hätten: anstelle politischer Information, Aufklärung, des Raisonnements ist das Moralisieren getreten. Den Intellektuellen, die ohnedies als Nicht-Praktiker zur Gesinnungsethik, zum moralischen Rigorismus neigen, wird der Zugang zur Politik und ihrem Verständnis durch die obrigkeitlich gepflegte Fremdheit gegenüber politischer Realität verbarrikadiert.

Die stolze, unintellektuelle CDU

5. Die CDU ist, wie jede konservative oder bürgerliche Partei, unintellektuell und stolz darauf. Sie hat auch kein positives Verhältnis zum Art. 5 GG: daß es legitime Kritik gibt, glaubt sie im Grunde ihres Herzens nicht. Jedem Machthaber ist die Pressefreiheit hinderlich (der SPD auch, wo und wenn sie regiert), doch der Union besonders. Sie verhält sich gegenüber öffentlicher Kritik am liebsten repressiv — der Fragesteller wird erledigt, nicht die Frage —; nie hat man davon gehört, daß sie eine Meinungsäußerung verteidigt, in Schutz genommen hätte, auch nicht wenn sie ihr zu Gunsten formuliert war. Wer keinen Schutz gewährt, hat keinen Anspruch

CDU und Geist

Rüdiger Altmann

Das Thema „CDU und Geist“, noch vor einigen Monaten notwendiger Bestandteil einer möglichen Parteireform, ist inzwischen sowohl von Arnold Gehlen wie vom Evangelischen Arbeitskreis so erfolgreich behandelt worden, daß es beträchtlich an Gewicht verloren hat. Es hatte wohl auch mehr mit Konrad Adenauer als mit Ludwig Erhard zu tun, dem niemand vorwerfen kann, er habe zum Geist keine Verbindung.

Insofern besteht kein Grund, sich noch allzusehr über „CDU und Geist“ aufzuregen oder gar eine Alternative daraus zu machen: Die CDU behält ihre Wähler und die Intellektuellen behalten ihre Affekte. Selbst wenn der Zwischenraum mit gegenseitiger Verachtung ausgefüllt bliebe, wäre das nicht katastrophal. Denn es gibt weder „die“ CDU noch „die“ Intellektuellen — höchstens auf der einen Seite die Funktionäre und hauptberuflichen Politiker und andererseits die ebenfalls nicht allzusehr

auf Loyalität — das gilt auch im Verhältnis zu den Intellektuellen.

Nota bene: es gibt Ausnahmen. Es gibt den CIVIS, und es gibt Eugen Gerstenmaier. Beiden verdankt die CDU mehr, als sie begreift.

Was kann die Union tun?

6. Was soll, was kann die Union tun? Sie darf sich nicht auf die Defensive gegenüber den Intellektuellen einlassen; die Gespräche mit Intellektuellen über das Verhältnis mit ihnen sind nutzlos; Bundestagssitze kann sie nicht verteilen unter ihnen (Kreis- und Landesverbände ziehen die Schneider/Schuster/Handschuhmacher vor); ein brains trust à la Kennedy ist nicht möglich — das geeignete Personal ist nicht vorhanden; ja, was also? Zuerst: den Intellektuellen intellektuell begegnen, sie, die über sich selbst und ihre soziale Position nicht zu reflektieren pflegen, mit den eigenen Waffen angehn. Dann: Kritik ertragen, prüfen, entweder ignorieren oder beherzigen — Entrüstung, wenn nützlich, vorgeben, nie sich ihr hingeben; sich üben in persönlicher Liberalität. Kann das die Union? Sie muß es können.

Vor allem — und hier findet das akzessorische Problem des Verhältnisses zu den Intellektuellen zu seinem Entstehungsgrund: Politik machen und intelligibel formulieren. Die CDU als Partei kann sich nicht beliebig intellektualisieren, kann keine sehr innige Beziehung zum Zeitgeist begründen: der christliche Geist ist nicht modern und das, was die CDU will, ohne es formulieren zu können, auch nicht. Das setzt natürliche Grenzen; die Partei der Intellektuellen wird die CDU nie werden. Sie kann intellektuell attraktiver werden; sie muß politisch attraktiver werden, dergestalt, daß sie notfalls die Feindseligkeit einer Intellektuellenmehrheit nicht zu fürchten braucht.

ins Gewicht fallende Schar der Schriftsteller, die sich tatsächlich an der Politik engagieren, das heißt Partei ergreifen.

Geschäfte zwischen Politik und Literatur sind ohnedies kaum auszuhandeln, es sei denn man täusche sich über die gegenseitige Bedeutung. Aber die Märkte derjenigen, die in Deutschland Politik und jener, die Literatur verkaufen, sind zu verschieden, als daß ernsthafte Konkurrenz drohte. Und beide Märkte stehen in guter Konjunktur. Die Beliebtheit Ludwig Erhards und die von Günter Grass und Heinrich Böll sind gleichermaßen stabil.

Angesichts dieser Chancen sollten wir ein wechselseitiges Mißverständnis von vornherein ausschließen: Die Befürchtung nämlich, daß die Literatur selbst so erfolgreicher Autoren eine direkte politische Wirkung auf die Wähler haben könne.

Natürlich ist das, wie so vieles, kein zufriedenstellender Zustand. Aber er läßt sich nicht dadurch ändern, daß die Funktionäre den Schriftstellern eine Loge im Partitheater anbieten, um als Gegenleistung günstigere, wenigstens wohlgesinnte Rezensionen zu erhalten. Übrigens hat die CDU, obwohl sie zahlreiche Gemeinplätze mit

Erfolg verteidigt, gar kein publizistisches Instrument, das sie für solche Zwecke zur Verfügung stellen könnte. Außerdem wendet sich der Schriftsteller nicht wie der Politiker an die Massen, sondern an sein Publikum.

Ich will keineswegs die Schriftsteller vor dem verspäteten Liebesbedürfnis der CDU in Schutz nehmen. Aber selbst, wenn sie von Politikern und Funktionären gelobt würden, brächte das kaum einen von ihnen dazu, sich zu engagieren. Und umgekehrt: Was hätte die CDU davon, wenn sich ein paar Schriftsteller für ihre Existenz erwärmen? Der französische MRP hat weder davon profitiert, daß François Mauriac Leitartikel dafür schrieb und Jacques Maritain ihn philosophisch protegierte, noch hat ihm die freundschaftlich-gründliche Verachtung von Georges Bernanos geschadet.

Wir können es uns auch ersparen, auf das in Deutschland so beliebte Verhältnis von Macht und Geist einzugehen. Erfahrungsgemäß ist aus der politisch-pädagogischen Erörterung dieser Frage nichts herausgekommen als nationaler Exhibitionismus oder die Feststellung, daß wir seit längerem „in der Krise unserer Zeit“ leben. Solche Erkenntnisse, die man bei uns bekanntlich wie Steckrüben aus der Erde ziehen kann, lassen sich heute weder literarisch noch politisch verwerten.

Besonders peinlich ist in diesem Zusammenhang das Gerede von „den Intellektuellen“, die in vergiftender Weise das gesunde Volksempfinden zersetzen. Zahlreiche CDU-Funktionäre haben von diesem Gerede Gebrauch gemacht, als sie sich in der Faszination, die sie angesichts der Rhetorik Konrad Adenauers ergriffen hatte, gestört fühlten.

Auch über dieses Thema läßt sich mit Niveau kaum noch diskutieren. Eins allerdings sollten sich die Anti-Intellektuellen in der CDU merken: Der Mangel an Intellekt, den sie noch als so angenehm empfinden, läßt sich zwar auf absehbare Zeit durch Gruppeninteressen mit einem Zusatz von Folklore ersetzen. Aber es ist fraglich, ob er danach noch zu beheben sein wird.

Freilich ist das Thema damit — so notwendig es ist, zunächst die Platteiten abzudecken — keineswegs erledigt. Es bleibt im Gegenteil, wie man zu sagen pflegt, noch immer ein vielschichtiges Problem, auch für die CDU.

Staatsbejahende und staatsverneinende Kräfte?

Eine der Fragen, die sich der Christlich-Demokratischen Union stellen, läßt sich vielleicht am vorteilhaftesten am Beispiel der SPD erläutern. Die Sozialdemokratie hat bis in die zwanziger Jahre hinein ein beachtliches Schrifttum erzeugt — einfach deshalb, weil ein verhältnismäßig großer Teil ihrer Führer aus Intellektuellen bestand. Heute ist das nicht mehr so, obwohl die Partei immer noch mehr produziert als die CDU. Immerhin hat der „Vorwärts“ trotz einiger Reformen das Interesse einer breiteren Öffentlichkeit nicht erobern können. Was der SPD nützt, was ihr Zugang zu politisch nicht festgelegten Schichten der Bevölkerung verschafft, ist die Produktion der bereits zitierten „linken Intellektuellen“, die ihr zum Teil sogar das Geschäft der Opposition abnehmen, einerlei, ob es sich um Romanciers, Journalisten oder Akteure in Rundfunk und Fernsehen handelt.

Mancher wird resigniert einwenden, das sei schon immer so gewesen. „Die Kreise“ hätten nun einmal kein Verhältnis zu Autorität und Ordnung und was dergleichen Redewendungen sind. Tatsächlich handelt es sich um etwas anderes; um den in Deutschland traditionellen Brauch nämlich, bis in Literatur und Kunst hinein zwischen den „staatsbejahenden“ und den „Kräften“ zu unterscheiden, die diese Tugend nicht besitzen. Für den braven Funktionär, der ja oft nur der politisch aktivierte Typ des Spießers ist, gelten — Hand aufs Herz — bereits Paul Klee oder Günter Grass genau so als „links“, wie früher Gerhart Hauptmann den tiefen Argwohn des wilhelminischen Bürgers erregte. Voraussetzung für diese Etikettierung ist keineswegs ein Bekenntnis zum Sozialismus oder auch nur eine grundsätzlich erklärte Abneigung gegen die CDU, sondern ein instinktives Mißtrauen gegen Leute, die sich nicht als Stützen der Gesellschaft aufführen (wobei es übrigens eine „Gesellschaft“ gar nicht mehr gibt).

Wir sind aber, erklärte Franz Josef Strauß, eine Volkspartei. Daher das Mißtrauen. Um so rührender, daß er sich im weiteren Verlauf des Fernseh-Gesprächs selbst als „Intellektuellen“ einstuft (was übrigens gar nicht einmal falsch ist).

Aber die Mitglieder der SPD denken in ihrer Mehrzahl doch wohl kaum fortschrittlicher in Literatur und Kunst als die der CDU. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben sie sogar weniger Verständnis dafür. Was zum Teufel treibt also die CDU dazu, alle diese Leute als „Linksintellektuelle“ zu deklarieren und sie zu ihren Gegnern ex definitione zu ernennen. Überkommene Denkweisen reichen weder zur Erklärung noch zur Rechtfertigung aus. Es ist Spießigkeit, Mangel an *savoir vivre*, nicht mal mehr auf anständige Weise provinziell.

Denn ein Mann wie Heinrich Böll ist kein Intellektueller (freilich ein begabter *homme de lettre*), zwar katholisch, aber weit weniger „links“ als der Abgeordnete Katzer, der vielleicht sogar noch Minister wird.

Die andere Schwierigkeit besteht darin, daß die CDU auch in den eigenen Reihen das Vorhandensein von „Intellektuellen“ als einen Makel empfindet. Erhält sie Kritik, so sind viele Prominente ganz und gar nicht bereit, sich mit solchen Kritikern zu unterhalten, sondern sie erklären sich in ihrer Würde getroffen und beleidigt und versuchen, sich zu beschweren, wo immer sich eine Beschwerdeinstanz findet. Sie benehmen sich wie eine alte Tante von mir, die auf jede ihr nicht passende Äußerung reagierte: „Jetzt hast Du Dein Inneres offenbart!“ Auf diese Weise behandelt, tun das die Leute denn auch ganz ungeniert und diskutieren nicht mehr mit der CDU, sondern über sie. —

Wen kann es da wundern, wenn Parteipolitik als gesellschaftsunfähig bei uns gilt? Was hilft da alle staatsbürgerliche Erziehung und der Fonds, den der Bundestag so großzügig zur Verfügung stellt!

Es gibt den Trost, und die Demoskopien bezeugen ihn, daß die Wähler trotzdem bei der Stange bleiben, vor allem, wenn sie vor der Alternative zur SPD stehen oder vor der Wahl, ob sie Ludwig Erhard zustimmen sollen oder nicht. Doch gehört dieser Trost nicht — trotz aller Vielschichtigkeit unseres Problems — zum Thema „CDU und Geist“.

CDU — Partei ohne Prestige?

Die Führer der Partei werden sich hoffentlich mit diesem Trost nicht zufrieden geben. Denn mag die Union unter der Schirmherrschaft Ludwig Erhards der Opposition eindeutig überlegen bleiben: Zwischen der Beliebtheit des Kanzlers und ihrem eigenen Prestige als Partei klafft heute eine gefährliche Schere. Cum hoc facie vinces, sagen die Auguren. Mögen sie recht behalten. Aber die Union darf nicht abhängig werden von Talent, Gesundheit und Erfolg eines einzigen Mannes. Sie braucht ein eigenes Gesicht, sie braucht Prestige.

Und Prestige hat auf manchmal verwickelte Weise mit Geist zu tun. Das bedarf keines Beweises.

Vielleicht bedarf es des Beweises, daß gerade in dem Deutschland, in dem wir leben, Politik in viel höherem und grundsätzlichem Maß eine geistige Frage ist. Leider ist es nicht möglich, hier diesen Beweis anzutreten. Mag es also bei der Behauptung bleiben.

Es hieße den Leser an der Nase herumführen, wollte man zum Abschluß dieser als kritische Entproblematisierung unserer Frage gedachten Bemerkungen eine gewichtige Alternative feilbieten. Das wäre der falsche Vorschlag

Links sind die Nerven zu kurz

Peter Fränz

Mitten im Sommer 1964 sich noch einmal mit dem Thema „CDU und Geist“ zu befassen, mag manchem eine übertriebene Verliebtheit in einen insgesamt recht wenig aktuellen Gegenstand scheinen: Handelt es sich doch dabei ohnehin um eine Beschäftigung mit einem ziemlich künstlich wieder in die öffentliche Diskussion gebrachten Problem — einem Problem, das augenscheinlich auch nur zwei Gruppen brennend interessiert, nämlich die CDU-Mitglieder und -Funktionäre (und noch nicht einmal alle oder auch nur die Mehrheit) und einige Intellektuelle, die teils egalweg zu jedem Thema gerne etwas beitragen, teils sich selbst respektive ihre Kaste gern zum Problem machen.

Die breite Öffentlichkeit hingegen fühlt sich heute durch die Probleme der Parteien und insbesondere die der CDU — angefangen von der Parteireform über das geistig-weltanschauliche Selbstverständnis (Leitbild!) bis zu ihrem Verhältnis zu „den Intellektuellen“ — mehr oder minder gelangweilt.

Aber die Gelangweiltheit des Publikums gegenüber Fragen der CDU ist auch und vor allem ein Zeichen der Etablierung der Union.

Die CDU wird nicht mehr in Frage gestellt. Sie hat ihre Existenz-Krisen wie ihre spektakulären Erfolge hinter sich. Sie ist halt da, und sie wird genommen, wie sie ist. Auch um das „C“ im Namen sorgt sich nur noch ein kleiner, auf Konsequenz wertlegender Kreis, zumal mit dem „C“ von der CDU kaum noch ein echter Monopolanspruch vertreten wird, selbst nicht im katholischen Raum: es spricht sich rum, daß auch hier die Union langsam den geistlichen Beistand entbehren muß. Das tut

am unrechten Platz, ebenso wie das fabelhafte Wort „Parteireform“, in diesen Zusammenhang gerückt, in Verkrampfung erstarbt. Deshalb sollte man, wenn es eben geht, über „CDU und Geist“ keine Kongresse und Tagungen abhalten (jedermann weiß, wie schwer der Verzicht fällt), keine Podiumsgespräche, programmatische Diskussionen.

Stattdessen sollten die Politiker der Union sich daran gewöhnen, Geschmack an kritisch-freien Diskussionen zu finden, wo immer eine Gelegenheit günstig ist. Die Kritik macht die CDU interessanter und verschafft ihr Bewegung. Zum geistigen Leben gehört nun einmal Auseinandersetzung — sogar Polemik und Streit, auch Spott und Ironie, in jedem Fall aber der Mut, seine persönliche Meinung zu sagen. Es gehört nicht zu den Aufgaben einer Partei, sich ständig und leidenschaftlich an Literatur und Kunst zu engagieren und mit jedem kritischen Publizisten Diskussionen zu veranstalten. Aber es gehört zu ihrem Prestige, daß sie auch als Partei diesem geistigen Leben gewachsen ist und sein will. Und das ließe sich auch heute ohne Programmgips — spontan und sans phrase — manifestieren.

ihr freilich nur wenig Abbruch, solange ihre Politik goutiert wird.

CDU — ein Markenzeichen

Im übrigen ist CDU längst ein Markenzeichen der politischen Werbung geworden, und wer fragt schon, warum Persil Persil heißt. Man bezeichnet diesen ganzen Befund gern als „Entideologisierung“ der Politik und der Parteien. Der Wähler, so sagt man mit Recht, interessiert sich heute mehr für die Leistung als die Weltanschauung der politischen Gruppe, die um sein Mandat wirbt.

Insofern scheint es richtig, wenn man der CDU als Erfolgsrezept empfiehlt, sich nicht zu reformieren, zu analysieren und zu problematisieren, sondern in erster Linie eine gute und ansprechende Politik zu machen. Ein Rat, der recht und billig ist, soweit es um kurzfristige Wirkung geht — der allerdings denjenigen recht billig vorkommen dürfte, die auf lange Sicht die politisch-organisatorische „Schlagkraft“ und das „image“ der Union bessern und sichern wollen. Jedoch sind die Sorgen der CDU-Wahlmanager und ihrer Werbeberater natürlich nicht die der Allgemeinheit. Für diese zählen die Ergebnisse der Politik und nicht ihre Vorbereitungen und Vorbedingungen.

Trotzdem haben die Parteien — das gilt für allesamt — das Desinteresse des großen Publikums und die höflich-distanzierte Haltung der politisch Interessierten gegenüber ihrem Bemühen, den Gleichschritt mit der Geschichte und der Gesellschaft zu finden (so die SPD) oder aus dem Zustand des Diffus-Unfertigen und der Rolle des Instruments Dritter herauszukommen (so die CDU), nicht ganz verdient. Von dem Ergebnis dieser Bemühungen hängt nämlich in hohem Maße die Politik der Parteien ab, ihre Tendenz und ihre Sicherheit.

Was speziell den Fall „CDU und Geist“ betrifft, so sollte er freilich nicht auf ein soziologisches oder gar politisch-technisches Problem eingeeignet werden. „Die CDU und

die Intellektuellen“ ist in der Tat ein recht müßiges Thema. Dabei ist noch nicht einmal so sehr daran zu denken, daß der SPD seinerzeit die Unterstützung durch die Intellektuellen und ihre „Alternative“ nichts genutzt hat und die CDU auch ohne ein positives Verhältnis zu modernen Schriftstellern ihre Wahlerfolge heimgeholt hat. Solche Vergleiche können irreführen. Aber wenn Berthold Martin mit Günter Grass frühstückt und Herr Dufhues der „Gruppe 47“ nicht mehr vorwirft, eine zweite Reichsschrifttumskammer zu sein, so ist das doch vornehmlich von Wichtigkeit für die Feinarbeit der „image“-Friseure. Hauptsächlich zur Ornamentik der Partei dürfte wohl auch der „Kulturbeirat“ gehören, den sich die CSU geschaffen hat und den die größere Schwesterpartei sich noch zulegen will.

Es ist ja auch nicht so, daß der Union heute jegliche Beziehungen zu Männern der Kultur und Wissenschaft fehlen und sie in diesen Kreisen erst Fuß fassen müßte — so ausschließlich ist sie doch gar nicht die Partei der Bauern und der Kolpingssöhne, und wer wollte auch behaupten, daß etwa die Professoren lieber SPD als CDU wählen!

Selbstverständliches institutionalisieren?

Bezeichnend ist es allerdings für die gegenwärtige Unsicherheit der Unionspartei, daß sie Beziehungen zu institutionalisieren sucht, die anderswo Selbstverständlichkeiten sind, die keiner Organisation bedürfen. Für den persönlichen Kontakt zwischen Politikern, Wissenschaftlern, Literaten und Künstlern empfiehlt sich im übrigen nach englischem Vorbild die lockere Form des Clubs.

Sollte der Kulturbeirat indessen als kulturpolitisches Sachverständigen-gremium gemeint sein, könnte er von praktischem Nutzen sein, sofern es gelänge, ihn der Arbeit der Partei wirklich zu integrieren. Denn zweifellos ist es sowohl für den Ruf der CDU wie auch in seiner öffentlichen Bedeutung belangreicher als jedes Techtelmechtel mit irgendwelchen Intellektuellen, was für eine praktische Kulturpolitik die Unionsparteien betreiben, wie sie zum Beispiel die Schulreform auf dem Lande anfaßen.

Es wäre jedoch voreilig, aus alledem den Schluß zu ziehen, das Verhältnis von CDU und Geist sei im Grundsätzlichen harmonisch — weil überdies der Geist nicht mit den Intellektuellen und schon gar nicht den Linkskritikern identisch sei und die CDU unter dieser Voraussetzung selbst genügend Geist habe.

Sie mag ihn haben, aber sie ist gegen ihn (bei der SPD ist es eher umgekehrt). Sie ist es aufgrund konservativer Struktur und Mentalität. Der Geist begreift sich in neuzeitlichem Verständnis als Gegenüber zur Welt. Er analysiert und beurteilt die Welt, er neigt mithin zur Kritik an dem, was die Christlich-Konservativen die „Schöpfungsordnung“ nennen, er stellt die überkommenen Strukturen des Sozialen und Politischen in Frage, selbst wenn er sie in der Antwort wieder bejaht.

Das ist dem Konservativen unheimlich. Er ist davon überzeugt, daß die Welt im Prinzip nicht verbesserungsfähig und -bedürftig ist. Seine Politik gilt der Erhaltung der traditionellen Werte und einer ihnen entsprechenden Ordnung. Das heißt nicht, daß konservative Politik unreflektiert sein müsse und sich nicht des Geistes meister-

haft bedienen könnte, wie es Bismarck und Metternich (mit Gentz) getan haben. Es handelt sich vielmehr um die Rolle, die man dem Geist als Macht der Kritik nicht zuerkennt.

Die CDU — zunehmend konservativ

Der CDU soll nicht unterstellt werden, daß sie konservativ in diesem extremen Sinne ist. Aber sie hat, dazu freilich prädisponiert, in der Adenauer-Zeit zunehmend ein konservatives Bewußtsein und eine konservative Haltung entwickelt.

Das zeigte sich nicht zuletzt in der Weise, in der sie auf Kritik reagierte oder auch nicht reagierte: nämlich nur unter dem Kalkül der Macht. Wenn man Kritik — nicht ganz so willkürlich wie es manchem scheinen mag — als „linke“ Haltung einordnet, kann man sagen, daß die CDU tatsächlich an der eingebildeten Krankheit Christian Buddenbrooks gelitten hat: links waren ihre Nerven zu kurz.

Das Leiden hat sich bis jetzt nicht wesentlich gebessert. Aber die CDU ist ihres Konservativismus unsicher geworden. Am deutlichsten wird das in der Kulturpolitik. In der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik war die Union wegen der notwendigen Kompromisse zwischen den sie tragenden gesellschaftlichen Gruppen schon immer zu einer gewissen Beweglichkeit gezwungen. In der in Landesdomänen aufgeteilten und darum etwas abseits der großen Entscheidungen stehenden Kulturpolitik war sie dagegen bis vor kurzem immobil.

Heute spürt sie, daß sie mit dieser Haltung nicht mehr bestehen kann. Sie will die Schule, in buchstäblicher wie in übertragener Bedeutung, nicht mehr im Dorf lassen, sie weiß aber noch nicht, wohin mit ihr. Sie ist auch auf diese Aufgabe nicht vorbereitet, weil man in der Union zwar eine allgemeine konservative Mentalität gepflegt hat, aber sich keineswegs bewußt auf ein konservatives Programm geeinigt hat und auf einem „ins Weltanschauliche“ reichenden Gebiet sich nun auch nicht mit dilatorischen Kompromissen begnügen kann. Zumal da sie sich selbst auf katholischer Seite nicht mehr auf die Rückenstärkung vorgefertigter Leitsätze stützen kann, beginnt die CDU bedenklich im Wind der Zeit zu schwanken.

Das Dilemma ist so groß, daß es nicht mehr verwunderlich wäre, wenn sie sich im Gefolge der SPD einer Anpassungs-ideologie verschreiben und den prinzipiellen Opportunismus damit in der Kulturpolitik endgültig salonfähig machen würde.

Vielleicht hilft ihr die Diskussion über sich selbst, ihre Lage noch stärker ins Bewußtsein zu heben und eine Antwort auf die Frage zu finden, wes Geistes sie nun sein will (vom Heiligen Geist wie vom in Wirklichkeit gar nicht existenten „Zeitgeist“ einmal abgesehen).

Und diese Frage nach dem Geist der CDU ist zweifellos sehr viel interessanter als die nach dem Verhältnis der CDU zum Geist. Die Antwort wird der Union freilich weniger, wie Gross annimmt, durch ihre weltanschauliche Bindung als durch den polarisierenden Zug unseres Zwei- bis Drei-Parteien-System aufgenötigt, in dem ihr der konservative Part zufällt. Sie wird ihn auch geistig ausfüllen müssen.

Die CDU und ihr Geist

Eberhard Amelung

Mehr als jede andere Partei ist die CDU ein Kind des Geistes ihrer Zeit. Deshalb soll die Reihe der Artikel zu dem Thema „CDU und Geist“ abgeschlossen werden mit einigen Überlegungen über das Verhältnis der CDU zu ihrem eigenen Geist. Dieses Verhältnis von Zeit zu Zeit neu zu bestimmen ist für eine Partei genau so wichtig wie die Ausarbeitung neuer außen-, finanz- oder sozialpolitischer Konzeptionen. Es gibt zwar keine gute Politik ohne saubere Konzeptionen, doch können diese ihrerseits nicht in die Tat umgesetzt werden, wenn ihre Verwirklichung nicht auf eine bestimmte geistige Bereitschaft unter den Mitgliedern stößt. Eine gute Politik wird diesen Geist mitprägen, sie kann Akzente setzen, aber sie kann ihn nie ersetzen.

Schon ein Blick auf ihre Entstehung zeigt, wie sehr die Partei im Geist der Zeit verwurzelt ist. Wäre sie die Gründung eines Mannes, so könnte man noch argumentieren, er habe der Zeit die Richtung gewiesen. Weil die CDU spontan an mehreren Orten zugleich entstand, ist eine solche Erklärung nicht möglich. 1945 konnte sich wohl kaum jemand ein ökumenisches Konzil vorstellen, das bei seiner Arbeit die Beziehungen zu den nicht-katholischen Kirchen ständig im Auge haben würde. Daß es so wurde, ist Ausdruck des Geistes der Zeit, der letztlich auch die CDU als politische Partei trägt. Man wird sich also hüten müssen, die Basis einer Partei mit bestimmten konkreten politischen Programmen zu identifizieren. So sehr sich in der pluralistischen Gesellschaft die Interessen der einzelnen Gruppen und die damit nicht unbedingt zusammenfallenden Interessen einzelner Politiker und Funktionäre in den Vordergrund drängen, sie können den Lauf der Dinge nie endgültig beeinflussen.

Natürlich ist es nicht einfach, den Geist einer Zeit oder einer Partei zu erfassen. Philosophen, Soziologen und Kulturgeschichtler wagen sich von Zeit zu Zeit an eine solche Analyse und verändern dadurch ihrerseits den Gegenstand, den sie beschreiben. Der Geist der Zeit ist jene Einheit von Macht oder Vitalität und Sinn, die immer mehr ist als das, was sich in Analysen oder auch Programmen ausdrücken läßt. Geist der Zeit hat auf jeden Fall mehr mit Leben als mit Denken zu tun. Deshalb stellt es eine Verkürzung des Phänomens dar, wenn man Geist immer sofort mit den Intellektuellen in Verbindung bringt. Ihre Beziehung zum Geist ist dadurch gekennzeichnet, daß sie ihm besser Ausdruck verleihen können als viele derjenigen, die den Geist einer Zeit wirklich prägen. Um es auf eine Formel zu bringen: Konrad Adenauer hat den Geist unserer Zeit mehr geprägt als Theodor Adorno.

Geist ist auch nicht identisch mit dem analytischen und diskursiven Denken, so viel dieses auch zu der Dynamik geistigen Geschehens beiträgt. Zum ganzen Bereich des Geistigen muß vielmehr auch das zusammenfassende, das die auseinanderstrebenden Tendenzen verbindende Denken gerechnet werden. Geist hat nicht nur der, der ver-

neint, sondern auch der, der bejaht. Der Geist ist nicht nur der Logik, sondern auch der Phantasie verwandt, weshalb die utopischen Denker den Gang der Geschichte genau so stark beeinflussen haben wie die Aufklärer. Das Problem der CDU ist deshalb nicht so sehr ihr Verhältnis zu den Intellektuellen, so schädlich ihr auch die vielen antiintellektuellen Komplexe sind, als vielmehr ihr Verhältnis zu sich selbst. Hier liegt die Wurzel für manche Unsicherheit und vielfache Verkrampfungen, die sich in Überempfindlichkeit und Humorlosigkeit äußern. Hier und da sieht man in den höheren Regionen der Partei die Probleme und versucht, sie zu bewältigen. So kam es zu der Studie von Dr. Barzel und zu einigen zaghaften Versuchen, ihre Thesen im größeren Kreis zu durchdenken. Das Schicksal dieser Studie ist nicht ermutigend. Sie konnte sicher nicht das letzte Wort zu wichtigen Fragen sein, hätte aber der Beginn eines Gesprächs sein können. In der CDU kommt man aber nicht zu einem von der Tagespolitik distanzierteren Nachdenken; die die Verantwortung tragen, haben keine Zeit dazu, und die anderen wollen es denen überlassen, die keine Zeit haben.

Die CDU ist nicht nur der Bundeskanzler, der Parteivorsitzende, Minister und Vorstände auf Landes- und Bundesebene. Die CDU, das sind auch die Orts- und Kreisvorstände, die Abgeordneten in den kommunalen Parlamenten und hier und da noch einige aktive Mitglieder. Sie bestimmen letztlich den Geist der Partei und bringen das Verhältnis der Partei zu sich selbst zum Ausdruck. Sie prägen das Bild, das die Bevölkerung von der Partei hat, sicher in gleichem Maße wie Bundes- und Landesregierungen. Sie können sehr stark für die Partei werben wirken, sie können die Menschen aber auch davon abhalten, ihre Stimme der Partei zu geben. Ihr Einfluß ist desto größer, je kleiner die politische Gemeinde ist. So beeinflusst der Repräsentant der CDU in einem mittelgroßen Dorf, sei er Bürgermeister oder nur Vorsitzender des Ortsverbandes, seine Umgebung im allgemeinen wesentlich stärker als der Vorsitzende eines Kreisverbandes in der Großstadt. Orts- und Kreisvorstände wirken über die Landesversammlungen auch nach oben hin. Dabei wechselt ihr Einfluß. Es gibt immer wieder Zeiten, in denen ein Landesverband von einer aktiven kleinen Gruppe geprägt und geführt wird. Das geht allerdings nur für eine bestimmte Zeit. Dann werden sich oppositionelle Kräfte bilden, deren Erfolg von der Stimmung auf der unteren Ebene abhängt.

Der Geist, der in den Orts- und Kreisverbänden der CDU herrscht, ist sehr verschieden. Seine Spannweite reicht von der Mentalität einer reinen Kolpingsversammlung bis zu der einer bäuerlichen Genossenschaft; Anklänge an eine pietistische Erbauungstunde finden sich genauso gut wie an ein Treffen des Rotary-Klubs. Szenerie und Geist wechseln mit der Gegend, in der man in Westdeutschland einen CDU-Verband besucht. In all diesen Gruppen ist der Geist insoweit verschieden, als er von Denkkonventionen, Interessenlagen und überkommenen politischen Konzeptionen geprägt wird. Denkkonventionen und althergebrachte politische Konzeptionen werden allerdings mit der zunehmenden Industrialisierung der Gesellschaft und der Mechanisierung alles Lebens angeglichen und verlieren ihre ursprüngliche Formkraft.

Für die auf weltanschauliches Denken eingeschworenen CDU-Mitglieder kann das ein sehr schmerzvoller Vorgang sein. Die Interessenlagen schieben sich in den Vordergrund, so daß sich die Agrarier in den verschiedenen Parteien zum Beispiel häufig untereinander wesentlich besser verstehen als mit den gegenseitigen Parteigenossen.

Der politische Stil

So verschieden die einzelnen Kreise in der CDU in dieser Hinsicht sind, so verschieden ihre geistige Struktur — Interessenlage, Bildungsstand, konfessionelle Ausrichtung usw. — ist, sie werden alle von der Frage nach dem Verhältnis zur Macht bewegt. An einem Punkt ist nämlich die Frage nach dem Geist identisch mit dieser Frage nach dem Verhältnis zur Macht. Je weiter der Prozeß der sogenannten Entideologisierung fortschreitet, je mehr sich weltanschauliche Frontstellungen in sachliche Gegensätze umwandeln, desto größeres Gewicht erhält das Problem des politischen Stils. Die Entwicklung unserer modernen Gesellschaft ist durch bestimmte Grundentscheidungen weitgehend festgelegt, die von der großen Mehrheit über alle weltanschaulichen Grenzen hinweg akzeptiert werden. Weltanschauliche Kämpfe werden nur noch auf bestimmten Sektoren und dort meist nur von den Hinterbänkeln ausgetragen. Die Schulfrage ist ein gutes Beispiel. Die SPD macht erste Schritte in Richtung auf die Konfessionsschule, und die rheinland-pfälzische CDU geht von der konfessionellen Lehrerbildung ab. Man verläßt die alten „ideologischen“ Positionen und einigt sich unter dem Banner der „Sachlichkeit“ auf einer neuen weltanschaulichen Ebene. Denn an diesem Punkt sollte man sich keiner Illusion hingeben. Auch in dem Zeitalter, da Sachlichkeit Trumpf ist, sind die Weltanschauungen nicht verschwunden. Noch immer wird alles politische Handeln von bestimmten Wertekonstellationen geleitet, die heute allerdings in größerem Maß allgemein akzeptiert sind. Deshalb spricht man weniger über sie.

Um so mehr spricht man über die Fragen des politischen Stils. Nach ihrem Umgang mit der Macht beurteilt man die Politiker. Danach bestimmt man, wes Geistes Kind sie sind. Dementsprechend verschiebt sich auch die Bedeutung des „C“ im Namen der CDU. Im Zentrum der Ausdeutung steht das Problem der Macht, des Umgangs mit der Macht beim einzelnen Politiker und der Verteilung der Macht im Blick auf die Gesamtgesellschaft. Geist ist Macht, aber Geist zeigt sich auch daran, wie einer mit der Macht umgeht. Das Thema „CDU und ihr Geist“ konkretisiert sich in der Frage nach dem Verhältnis der CDU zur Macht.

Die CDU und die Macht

Da gibt es nun eine Fülle von Beziehungen, die so unerschöpflich sind wie das Thema Geist und Macht überhaupt. Eine der Kategorien, mit denen der Abgeordnete Baron von Guttenberg seine nähere politische Umgebung analysiert, ist die von Rechts- und Linksintellektuellen. Beiden ist in seiner Sicht gemeinsam, daß sie ein gebrochenes Verhältnis zur Macht haben. Sind die ersteren in ihrem Machtgebrauch skrupellos, so neigen die letzteren dazu, alle Macht zu verteufeln. Parallele Haltungen finden sich in der CDU, allerdings sind sie meist

weniger bei den Intellektuellen im üblichen Sinn des Wortes anzutreffen als bei ganz biedereren Bauern, Handwerkern und Kaufleuten. Aber beide Typen erscheinen wieder, wenn auch unter christlichem Vorzeichen. Die einen identifizieren ungehemmt den Parteigeist oder das, was sie dafür halten, mit dem Heiligen Geist. Daraus entstehen dann die christlichen Lösungen bestimmter gesellschaftspolitischer Probleme, und es wird gefordert, die Macht des Staates zu ihrer Durchsetzung einzusetzen. Auf der anderen Seite stehen jene, für die „christlich“ vor allem „friedlich“ im Sinn von „keinen Streit“ bedeutet. Einigkeit ist für sie das Kennzeichen einer Gruppe, die sich unter dem „C“ versammelt. Tiefer gehende sachliche Auseinandersetzungen werden gern mit Hinweis auf den christlichen Geist verdunkelt; verbinden sie sich mit personellen Fragen — und sachliche Positionen neigen dazu, das zu tun, wenn sie nicht in einem bestimmten Zeitraum gelöst werden können —, dann werden radikale Lösungen empfohlen.

Beide Typen sind Grenzfälle. Sie umgrenzen den Bereich, in dem die CDU ihr legitimes Verhältnis zur Macht darstellen muß. Sie geben die Gefahren an, die der CDU drohen, wenn sie ihr Verhältnis zu sich selbst bestimmen will. Die Gefahren heißen „christlicher Staat“ auf der einen Seite und CDU als verlängerter Arm der Kirche auf der anderen. Mit dem ersten Stichwort ist der ungehemmte Gebrauch der Macht angegeben; mit dem zweiten ist gesagt, daß es in der CDU eigentlich keine Auseinandersetzungen um die Macht geben soll.

Persönlichkeiten statt Programme

Wir haben heute einen Punkt erreicht, wo die CDU sich nicht mehr von daher verstehen kann, was sie tut, sondern sich von daher verstehen muß, wie sie es tut. An die Stelle der Wahlprogramme sind Persönlichkeiten getreten und ihr persönlicher Stil. Das „image“ der Partei bestimmt sich von dem „image“ einzelner Politiker her. Die Öffentlichkeit nimmt ihren Geist stellvertretend für den Geist der Partei. Wird ihr Umgang mit der Macht akzeptiert, so vergrößern sich die Chancen der Partei; mißtraut man ihnen, so können die Einbußen im Vertrauen der Wähler nicht durch noch so große Versprechungen wiedergutmacht werden. Das Volk will regiert werden, das Volk möchte wissen, daß der, der regiert, weiß, was er will, und daß er diesem Willen auch Geltung verschaffen kann. Das Volk möchte aber auch, daß der, der die Macht hat, ihre Grenzen kennt und respektiert.

Die CDU kann heute ihren Geist nur dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie die rechten Persönlichkeiten herausstellt, die im Umgang mit der Macht keinem der Extreme verfallen. Die Partei wird sie kontrollieren, ihnen aber auch Hilfe leisten müssen. Sie wird außerdem ein aufmerksames Ohr auf die Kritik der Öffentlichkeit haben müssen. Da die Intellektuellen deren Sprecher sind, wird sie auf ihre Stimmen besonders hören müssen. Die Frage nach dem Geist erschöpft sich aber nicht in der Frage nach dem Verhältnis zu den Intellektuellen. Die Frage nach dem Geist ist vielmehr die Frage nach dem Verhältnis zu sich selbst, bei einer politischen Partei, die Frage nach dem Umgang mit der Macht. Das also ist heute die Frage an den Geist der CDU.

Niemand, der die Stunden des Wartens auf hoher See vor der schwedischen Küste auf fünfzehn Deutsche von jenseits der Mauer miterlebte, wird dies vergessen. Als die Lichter eines Kutters endlich aus der Dunkelheit sichtbar wurden und das kleine Boot an der Bordwand des Passagierschiffes „Bornholm“ beidrehte, um die Vertreter aus Mitteleuropa übernehmen zu lassen, löste sich die Spannung all der

Zusammenschluß europäischer Kirchen in „Nyborg IV“

Gabriele Wülker

Wartenden, die aus ganz Europa zu der Konferenz Europäischer Kirchen gekommen waren. Nicht nur uns Deutschen kam es mit Erschütterung zum Bewußtsein, daß hier der Bann sinnloser Willkür und Trennung durch Mauer und Stacheldraht durchbrochen war.

„Nyborg IV“, die Konferenz Europäischer Kirchen, fand um dieser 15 Delegierten aus Mitteleuropa willen auf einem Schiff und nicht wie die drei vorhergehenden Konferenzen in dem dänischen Ort Nyborg statt. Denn Ostberlin hatte es kategorisch abgelehnt, den Delegierten aus Ostdeutschland zu gestatten, in West-Berlin bei dem Allied Travel Board den erforderlichen Paß für den Nato-Staat Dänemark zu beantragen. So war Dr. Glenn Williams, der Generalsekretär in Genf, auf den Ausweg verfallen, die Konferenz auf ein Schiff zu verlegen. (Unter seinen Vorfahren waren eine Reihe von Kapitänen!) Seinen unermüdlichen Verhandlungen sowie der großen Energie des dänischen Kirchenministers, Frau Bodil Koch, ist es zu verdanken, daß über alle politischen Hindernisse hinweg, diese Gesamteuropäische Kirchenkonferenz auf dänischem Boden — wenn auch auf schwankendem Schiffsboden — zustande kam.

230 Vertreter verschiedenster Kirchen und christlicher Gemeinschaften aus 21 europäischen Ländern trafen sich eine Woche lang. Von Island bis Sizilien, Portugal bis Rußland (mit Ausnahme von Bulgarien und Albanien) war Europa vereint. Der Vatikan hatte zwei offizielle Beobachter entsandt, die man in den Verhandlungspausen auf dem Deck wandelnd ihr Brevier lesen sah.

Der Ökumenische Rat führt als Wappen den Weltkreis, in dem das Schiff der Kirche unter dem Kreuz auf hohen Wogen segelt. Das Schiff als Sammelpunkt der Christen war nun Wirklichkeit geworden. So fehlte es auch nicht an häufigen Zitaten im Laufe der Konferenz des Symbols der „Arche Noah“, die die Menschen rettete und zusammenführte. Die „Bornholm“ war überall mit diesem Symbol geschmückt. (Sogar der Koch konnte sich nicht enthalten, es einmal auf einen Citronencreme mit Schlagsahne zu zaubern.) Am Heck des Schiffes war ein großes weißes Holzkreuz angebracht, das nachts von Scheinwerfern angestrahlt war; auf der Bordwand stand in großen Buchstaben weithin sichtbar „Nyborg IV“.

„Nyborg IV“ hatte sich als Hauptaufgabe gestellt, der Konferenz Europäischer Kirchen eine Verfassung zu geben, die von der Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten angenommen wurde. Dadurch ist ein fester Zusammenschluß der protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen Europas geschaffen worden. Die Konferenz ist selbständig, sie steht jedoch in enger Arbeitsverbindung mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen. Zweck ihrer Arbeit ist, „bei regelmäßigen Zusammenkünften Fragen, die die Kirchen in Europa angehen, zu erörtern und sich gegenseitig zu fördern in dem allen Kirchen aufgetragenen Dienst in der gegenwärtigen europäischen Situation“ (Art. 1 der Verfassung).

In der Regel soll die Vollversammlung alle zwei Jahre von dem Präsidium, dem 7 Mitglieder angehören, gemeinsam mit dem Beratenden Ausschuß (18 Mitglieder) einberufen und vorbereitet werden. Die Mitglieder des Präsidiums und des Beratenden Ausschusses werden unter Berücksichtigung der konfessionellen und regionalen Gegebenheiten Europas gewählt. Die auf dem Schiff gewählten Mitglieder des Präsidiums sind Erzbischof Alexius (Russisch-Orthodoxe Kirche), Dr. Emmen (Holländ. Reformierte Kirche), Erzbischof Kiivit (Evang. Luth. Kirche in Estland), Bischof Hunter (Kirche von England), Metropolit Justin (Rumänisch-Orthodoxe Kirche), Landesbischof Dr. Lilje (Evang. Kirche in Deutschland), Bischof Sigg (Methodistische Kirche in Genf).

Dem Beratenden Ausschuß gehören deutscherseits Kirchenpräsident Niemöller, Bischof Noth (Dresden), Präses Wilm (Bielefeld) und der Leiter des Außenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Wischmann, an.

Die Bekanntgabe der vom Wahlausschuß vorgeschlagenen Mitglieder des Präsidiums sowie des Beratenden Ausschusses erregte im Plenum harte Debatten, denn diese erste paneuropäische Kirchenorganisation ist in ihrer Spitze ausschließlich durch Theologen im vorgerückten Alter repräsentiert.

Da das Gesamtthema von „Nyborg IV“ „Zusammenleben in Kontinenten und Generationen“ war, erhoben die Vertreter der jüngeren Generation den Vorwurf, daß die Konferenz sich unglaublich mache, wenn sie über das Generationenproblem zwar diskutiere, dann aber bei der Bestellung ihrer offiziellen Vertretung weder die junge Generation, noch Laien, noch Frauen beteilige.

Die Autorität der älteren Generation und deren durch Lebenserfahrung gewonnene Weisheit wurde auch in „Nyborg IV“ selbstverständlich geachtet und geschätzt. Dennoch wäre die Konferenz Europäischer Kirchen gut beraten angesichts der Aufgaben, die sie sich „in der gegenwärtigen Situation Europas“ gestellt hat, in stärkerem Umfang Laien und die mittlere und jüngere Generation zu beteiligen. Vielleicht wäre dann manche Diskussion der „Nyborg IV“ sachgerechter und nüchterner verlaufen. Verschiedentlich zeigte sich, daß die Sprache der Theologen zu der Wellenlänge der heutigen Menschen oft nicht recht paßt. Bei aller Ehrfurcht vor dem Wort der Heiligen Schrift — wohl gerade deshalb — sollte es nicht zu häufig bei politischem, sozialem und wirtschaftlichem Geschehen der Gegenwart zitiert werden, um moderne und säkulare Entwicklungen damit zu motivieren.

Auch das Konzil der römisch-katholischen Kirche ringt gegenwärtig darum, die Kirche den modernen Verhältnissen unserer Zeit, auch in ihrer Sprache, anzupassen.

Höhepunkt der Europäischen Kirchenkonferenz waren die

Ein Ruf an das deutsche Volk und seine Regierung

Der israelische Ministerpräsident Levi Eshkol hat Anfang Oktober vor dem israelischen Parlament zu einigen Problemen der deutsch-israelischen Beziehungen Stellung genommen. Wir veröffentlichen im folgenden mit wenigen Kürzungen den Wortlauf seiner Erklärung, wie ihn die Stuttgarter Zeitung am 13. 10. 1964 abgedruckt hat. D. Red.

In der letzten Zeit haben sich, wie es scheint, verschiedene arabische Sprecher in ihren Äußerungen über unmittelbar bevorstehende Angriffshandlungen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Es werden scheinbar Zeichen einer Ernüchterung in den gesprochenen und geschriebenen Worten

deutlich, besonders in Ägypten. Gerade diese Ernüchterung muß richtig eingeschätzt werden, um zu verstehen, daß diese Tatsache nicht als eine positive Entwicklung auszulegen ist. Im Gegenteil: Sie ist ein Beweis für die Verlagerung des Schwerpunktes von nationalistischen Schlagworten, hinter denen keine Realität steht (und stehen kann), zur Methode der systematischen Vorbereitung auf die entscheidende Auseinandersetzung, die nicht sogleich erfolgen, sondern auf den Zeitpunkt verschoben werden soll, zu dem die Ägypter sich nach ihrer Berechnung stark genug fühlen werden. Es ist zu unterstreichen, daß beim gegenwärtigen Stand des Kräfteverhältnisses die Ägypter sich unseres Abschreckungspotentials und unserer Fähigkeit bewußt sind, Qualität der Quantität gegenüberzustellen. Daher setzen die Ägypter ihr

Referate zu dem Thema „Zusammenleben in Kontinenten“ des Generalsekretärs des Weltkirchenrates, Dr. Visser't Hooft und von Professor Louis Joubert, Frankreich, sowie das Referat von Professor von Oppen (Marburg) zum Generationenproblem. Dr. Visser't Hooft hatte kurz zuvor an der Konferenz „Europa und die Welt“ in Basel teilgenommen. Dort war herausgestellt worden, die europäische „Elite“ sähe das Christentum zwar als entscheidenden historischen Faktor der europäischen Kultur an, doch bedeute es keine Kraft mehr bei der Gestaltung der Zukunft Europas oder im Dialog zwischen der westlichen Kultur und den Kulturen der jungen Industrieländer. Visser't Hooft stellte dem entgegen, welche besondere Verantwortung die europäischen Kirchen haben; denn die Zivilisation, die Europa hinausstrahlt, sei die „säkularisierte Gestalt unseres Christentums“. Indem er von Weizsäcker zitierte, sagte er: „Heute unterwirft die moderne säkulare Zivilisation die nicht-christliche Welt, die von den Missionen nicht unterworfen werden konnte. Offensichtlich ist der Schritt hin zu seinem säkularisierten und daher isolierten Gehalt leichter als die völlige Übertragung des Christentums.“ Das bedeutet, daß die nicht-christliche Welt die Vorstellungen und Werte Europas, die ihre Wurzeln im Christentum haben, losgelöst vom christlichen Glauben annimmt.

Die europäischen Christen — so führte Visser't Hooft aus — haben die Aufgabe, darauf zu bestehen, daß Europa, gemäß den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, die letztlich in der Forderung der christlichen Nächstenliebe wurzelt, die ärmeren Nationen an den Schätzen und Gütern der Welt tatsächlich beteiligt und ihnen nicht lediglich Hilfe gibt.

Er wies noch auf eine weitere sehr schwere und ernste Aufgabe hin, von der in New Delhi auf der Weltkirchenkonferenz die Christen aus Asien und Afrika wiederholt gesprochen hatten: Unsere europäischen Werte der Politik und Wirtschaft stoßen in Asien und Afrika auf eine Welt, die aus völlig anderen religiösen Vorstellungen und Einstellungen lebt. So bewirken wir in den jungen Ländern Gespaltenheit und eine tiefgreifende religiöse Krise. Denken wir nur an den Autoritätsanspruch der Führung, die in den jungen Ländern noch weitgehend im Sakralen gegründet ist. Wenn eine westliche Demokratie und Staatsform angestrebt wird, wird damit das

Prinzip der im Göttlichen bestimmten Führung verlassen, und es tritt ein Vakuum ein. Visser't Hooft bezeichnete es als einen notwendigen Beitrag unsererseits zur Füllung des Vakuums, die jungen Kirchen in dieser Situation, auf die sie noch nicht vorbereitet sind, zu unterstützen.

Professor Louis Joubert von der Evangelischen Reformierten Kirche Frankreichs gab eine großartige historische Deutung des Zusammenlebens der Kontinente in christlicher Sicht. Trotz aller Realität der Gegensätze und trotz der Realität, daß die Christen in den verschiedenen Kontinenten in der Minderheit sind, ermutigte er dazu, jeglichen Erfolg des brüderlichen Zusammenlebens als Gnade anzunehmen, statt eine Philosophie des Mißerfolges aufzubauen.

Das Schwergewicht der Konferenz lag auf dem ersten Teil des Konferenzthemas „Zusammenleben in Kontinenten“. Die Problematik des Zusammenlebens als Generationen trat etwas in den Hintergrund trotz der sehr umfassenden und nüchternen Darstellung des Generationenkonfliktes durch Professor Dietrich von Oppen, der als Soziologe der Theologischen Fakultät der Universität Marburg angehört.

Die Arbeitsgruppen der Konferenz wurden vielleicht dadurch beeinträchtigt, daß nicht eine für den geistigen und geistlichen Gehalt der Konferenz verantwortliche Persönlichkeit bestimmt worden war. Ein Konferenzleiter hätte dafür Sorge tragen können, daß die gemeinsamen gedanklichen Vorarbeiten für die Arbeitsgruppen, die immerhin bereits im Sommer 1963 in London ihren Anfang genommen hatten, ausreichende Berücksichtigung gefunden hätten und ausgewertet worden wären. Vielleicht war dadurch das Niveau der einzelnen Arbeitsgruppen und ihrer schriftlichen Diskussionsergebnisse zu stark von dem fachlichen Rüstzeug der verschiedenen Gruppenleiter bestimmt.

Jedem Teilnehmer wird, im besonderen bei den Abendandachten von Dr. Robert Giscard, einem Bruder der Communauté de Taizé, die Kraft der Gemeinschaft bewußt geworden sein. Es sollte eine Gemeinschaft durch die Konferenz Europäischer Kirchen erwachsen, die den säkularen Beitrag dieses kleinen und doch so entscheidend wichtigen Europas für die ganze Welt nun vom Christentum her geistig unterbaut.

Vertrauen auf den kalkulierten und gezielten Prozeß, Quantität in Qualität zu verwandeln, auf eine maximale Ausnutzung ihrer Hilfsquellen und ihres großen Menschenreservoirs. Wer dies als Mäßigung auslegt, gibt sich einer gefährlichen Illusion hin. Diese sogenannten „Gemäßigten“ sprechen nicht in Begriffen einer Suche nach Lösungen, um später einmal zu einer gemeinsamen Existenz zu gelangen, sondern um eine zukünftige kriegerische Entscheidung herbeizuführen. Der Unterschied zwischen den sogenannten „Gemäßigten“ und den anderen liegt nicht im Ziel, sondern im Weg, und der Weg der „Gemäßigten“ ist der gefährlichere der beiden. Nun besteht zwar im Augenblick kein Anlaß zu einer kurzlebigen Alarmstimmung, die abklingen müßte, sobald sich herausstellt, daß der Krieg nicht morgen ausbrechen wird; aber wehe uns, wenn wir uns der Gleichgültigkeit hingeben...

Die Haltung der Bundesregierung

Dies ist der Hintergrund der Entwicklung, die den unmittelbaren Anlaß dieser meiner Erklärung darstellt: Ich beziehe mich auf die Antwort, die durch Herrn Bundeskanzler Erhard auf die Frage eines Journalisten über die Möglichkeiten des Rückrufs deutscher Wissenschaftler, die mit an der Herstellung von Kriegswaffen in Ägypten beteiligt sind, abgegeben wurde. Da die groß aufgemachten Veröffentlichungen die Erklärungen Dr. Erhards nicht genau wiedergaben, scheint es mir angezeigt, daß ich vor dem Hohen Hause zunächst den genauen Wortlaut seiner Erklärung zitiere:

„Wenn ich die praktischen und wirksamen Möglichkeiten sehen würde, dann wäre die Frage leicht zu beantworten. Aber hier haben sich wirklich die Rechtsgelehrten den Kopf zerbrochen, ja sie haben auch in anderen Ländern gefragt, wie es dort stünde und welche Möglichkeiten dort gegeben wären. Eine wirksame Möglichkeit gibt es nicht, und nur ein Gesetz zur Schau zu veranstalten, ist meiner Ansicht nach eine mißliche Sache. Daß wir die Tätigkeit bedauern, soweit sie sich auf einem Felde vollzieht, wo sie den Frieden der Welt zu stören geeignet wäre, ist selbstverständlich und soll von mir ganz klar ausgedrückt werden. Aber, das ist die andere Seite der Medaille, die unmittelbare Möglichkeit wird immer noch geprüft. Auch der Bundestag wird sich damit beschäftigen. Es liegt ein Antrag der SPD vor. Aber die Rechtsverhältnisse sind nicht so geartet, daß wir eine Sicherheit geben könnten, mit irgendeinem Gesetz haben wir auch schon die Leute sozusagen heraus oder in Deutschland zurück.“
Das waren die Worte des deutschen Regierungschefs.

Man kann daraus schließen, daß in der ablehnenden Einstellung Dr. Erhards zur Tätigkeit der Wissenschaftler keine Änderung eingetreten ist. Es liegt der Ausdruck des Zweifels vor über die Wirksamkeit der vorgeschlagenen legislativen Maßnahmen. Auch die Erklärungen, die Dr. Erhard selbst und sein Vorgänger im Kanzleramt, Dr. Adenauer, vorher abgegeben hatten, als sie die Arbeit der Wissenschaftler mißbilligten und zusagten, in der Angelegenheit tätig zu werden, lassen keine andere Interpretation zu.

Es ist vielleicht nicht überflüssig, auf einige Tatsachen in bezug auf die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage hinzuweisen. Die ersten Informationen über die deutschen Wissenschaftler, die in Ägypten mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt sind, haben sich bei uns vor etwa zwei Jahren verdichtet, und einige Monate später machte Frau Außenminister Golda Meir der Knesseth darüber eine

Mitteilung. Im Anschluß daran erklärte der Sprecher der Bundesregierung, daß diese die Tätigkeit der Wissenschaftler mißbillige, ihren Einfluß geltend gemacht habe, um diese zur Rückkehr zu bewegen, und ihre Bemühungen in der gleichen Richtung fortsetzen werde.

Eine im ähnlichen Sinne gehaltene Erklärung aller Fraktionen des Bundestages wurde einige Tage nachher veröffentlicht. Sie enthielt den Zusatz, daß die drei Fraktionen alles aufbieten werden, um die notwendigen legislativen Maßnahmen zu verwirklichen. Eine weitere, wieder im gleichen Sinne gefaßte Erklärung des Sprechers der Bundesregierung wurde Ende 1963 abgegeben. Damals sah die Bundesregierung den besten Weg in einer Erweiterung des Paßgesetzes. Wie bekannt, kam dies nicht zustande. Das deutsche Fernsehen, der deutsche Rundfunk und die Mehrzahl der deutschen Zeitungen ließen und lassen sich im Sinne einer Mißbilligung und Distanzierung von der Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler vernehmen. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, führende Männer der Parteien und der Gewerkschaften gaben wiederholt ihrer Ablehnung der Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler Ausdruck.

In der Sache selbst trat jedoch zu unserem Bedauern keine Änderung ein. Ich darf hier hinzufügen, daß ich vor einigen Wochen einen persönlichen Brief an den Herrn Bundeskanzler gerichtet habe. Als kürzlich die ersten Stimmen zu der Antwort Dr. Erhards in der von mir erwähnten Pressekonferenz laut wurden, gab auch der Sprecher unseres Außenministeriums eine Erklärung ab.

Israelische Erbitterung

Die Erbitterung, die uns im Hinblick auf die Arbeit deutscher Wissenschaftler im Dienste des ägyptischen Kriegsapparates erfaßt hat, fließt aus zwei Quellen: Zunächst einmal ist es die durch unauslöschliche historische Erinnerungen bedingte Erschütterung, die wir bei der Wortverbindung: „Deutsche“ und „gegen uns gerichtete Gewaltmaßnahmen“ verspüren. Die Zerstörung des europäischen Judentums durch Deutschland, in der Zeit, in der im deutschen Volke die Lichter erloschen, wird auf immer ein Teil unseres kollektiven und persönlichen Bewußtseins bleiben. Von dieser Stelle aus will ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Besten des deutschen Volkes und seine Regierung Verständnis für diese unsere Gefühle haben. Wir sind zur Forderung und zur Hoffnung berechtigt, daß die Erkenntnis, Deutsche dürfen sich nicht mehr am jüdischen Volk vergreifen — weder unmittelbar noch mittelbar — in die Tiefe des Bewußtseins und der Empfindungen des ganzen deutschen Volkes eindringt. Man möge unsere moralische Abscheu über die Arbeit der deutschen Wissenschaftler nicht als eine lediglich irrationale Einstellung abtun. Ein Volk, das erleiden mußte, was unser Volk erlitten hat, darf in diesem Punkt ein Verständnis besonderer Art verlangen. Wenn man uns trösten möchte, daß wir die Größe der Gefahr übertreiben, so wollen wir darauf erwidern, daß, hätte in den dreißiger Jahren jemand auch nur vor einem nichtigen Bruchteil der Katastrophe gewarnt, die das europäische Judentum während des Weltkrieges heimsuchte, die Besten unserer Freunde gewiß nicht nur gesagt hätten, daß wir übertreiben, sondern daß wir den Verstand verloren haben. Einem Volk mit solcher geschichtlichen Erfahrung darf man weder mit dem Einwand, es übertreibe, noch mit dem Argument eines mangelnden Rationalismus kommen. Man sagt uns, daß die Anzahl der deutschen Wissenschaftler im Dienste der ägyptischen Kriegsmaschine heute gering ist.

Nehmen wir an, daß dem so sei. Aber sie kann größer werden. Man sagt uns auch, daß die Deutschen, die in Ägypten tätig sind, keine Leuchten der deutschen Wissenschaft seien; wer jedoch ist bereit, uns und denen, die dies „in bester Absicht“ sagen, dafür zu bürgen, daß ihnen nicht vielleicht Wichtigere folgen werden. Es gab auch die Neunmalklugen, die uns einreden wollten, die Arbeit der deutschen Wissenschaftler sei zu unserem Vorteil — und Weise dieser Sorte fanden sich auch außerhalb Deutschlands. Es genügt auf die Paarung des blinden arabischen Hasses mit den mörderischen Vollzugtalenten aus der Zeit Hitlers hinzuweisen, um ein richtiges Bild zu bekommen. Das gilt für Wissenschaftler und Fachleute dieser Art aus allen Ländern, und um so mehr für solche aus Deutschland.

Die langfristigen Planungen der Araber

Hier komme ich zum zweiten Grund unserer Besorgnis und unserer Erschütterung: Die eigentliche Gefahr, die in ihrer Arbeit liegt, zumal wenn wir uns die Betonung der langfristigen Planung der gegen uns gerichteten arabischen Kriegsmaschine vor Augen halten. Ich habe bereits in der Knesseth sowohl vor Abschluß der vorigen Sitzungsperiode als auch bei anderen Gelegenheiten gesagt, daß wir Meinungsverschiedenheiten mit vielen unserer Freunde im Ausland über die Bedeutung der Arbeit der Wissenschaftler haben. Man erklärt uns, daß keine große unmittelbare Gefahr vorliegt. Wir können auf keinen Fall unsere Augen vor einer Stärkung und einer Ermutigung der wachsenden Kriegsmaschine Nassers verschließen. Sie dient dem erklärten Ziel, Israel anzugreifen. Es ist richtig: Unsere eigene Kraft ist nicht gering, und es fehlt uns nicht an Freunden in der Welt. Wer von Angriffsplänen gegen Israel und von Rache träumt, macht die Rechnung ohne den Wirt. Wir sehnen uns nicht nach einer Kraftprobe, obwohl wir wissen, daß wir uns in ihr bewähren würden.

Eine schmerzliche Angelegenheit

Es muß gesagt sein, daß es in der politischen Realität unserer Tage nicht leicht und sogar gefährlich ist, von lokalen Konflikten zu sprechen. Ein Krieg, der durch eine arabische Aggression gegen Israel eröffnet wird, kann über unsere Region hinauswachsen und zu einem Riesenbrand werden. Diese Erwägung gibt sowohl unserer besonderen Forderung, die Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler im Dienste der ägyptischen Kriegsmaschine zu unterbinden, als auch unserer allgemeinen Forderung besonderes Gewicht, das Wettrüsten abzubauen und dem Grundsatz, alle internationalen Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege zu lösen, universelle Geltung zu verschaffen . . .

Es scheint, daß in der Frage der Einschätzung der Arbeit der deutschen Wissenschaftler in Ägypten und in der Forderung, diese Arbeit zu unterbrechen, eine weitgehende Übereinstimmung in der Knesseth vorhanden ist. Dennoch bin ich nicht der Pflicht entbunden, die Auseinandersetzung in dieser schmerzlichen Angelegenheit zwischen uns und Deutschland in das richtige Licht, das heißt, sie in den allgemeinen sicherheitspolitischen Zusammenhang der Lage unseres Volkes zu setzen. Vor allem sind wir verpflichtet, uns das Gefühl für Richtung zu bewahren. Der Ursprung der feindseligen Absichten ist Kairo. Bei dem Versuch, sich die Hegemonie über die arabischen Staaten zu sichern, hat Kairo die Fahne des Krieges entfaltet; seine Sendboten bereisen die arabischen Hauptstädte und versuchen, sie durch Lockungen und Dro-

hungen in die Kriegsplanung gegen Israel einzuschalten. Wie ich bereits sagte, predigen die Ägypter sozusagen „Mäßigung“, nicht um einer friedlichen Lösung willen, sondern um unter besseren Bedingungen Krieg führen zu können. Die moralische und praktische Förderung, die dem Präsidenten Ägyptens durch Großmächte zuteil wird, stärkt ihn in seinem Herrschaftsstreben und seiner Hoffnung auf Erfüllung seiner Gelüste. Wir sollten wieder einmal daran erinnern, daß die zivilisierte Welt, die ihren organisatorischen Ausdruck in den Vereinten Nationen besitzt, noch nicht in klarer Form zu verstehen gegeben hat, daß sie derart bösartige Anschläge nicht in ihrer Mitte zu dulden bereit ist.

Wir können uns nicht mit vielen schönen Reden über die Stärkung des Friedens in der Welt abfinden, die nicht von der unmißverständlichen Anprangerung der offenen und erklärten Aggression, der kriegerischen Absichten und der Zerstörungslust begleitet sind. Es ist nicht möglich, den in der Charta der V. N. verankerten Prinzipien zu huldigen und gleichzeitig Mitgliedsstaaten der V. N. zu erlauben, in aller Öffentlichkeit und ungestört Ränke zu schmieden. Es ist nicht zu vereinbaren, daß ein Staat Mitglied der Vollversammlung und des Weltsicherheitsrates ist und zugleich die Sicherheit durch Angriffshandlungen aller Art gefährdet. Wir fordern alle, die die ägyptische Kriegsmaschine, sei es durch Taten oder durch Worte, unterstützen, mit letztem Nachdruck auf, dieser Unterstützung unverzüglich ein Ende zu setzen. Wir verkennen nicht, daß viele Staaten, die an rein demonstrativen Erklärungen teilhaben, wie zum Beispiel an der Neutralistenkonferenz in Kairo und ähnlichen vorausgegangenen, innerlich mit ihnen nicht einverstanden waren. Obschon sie nur mit halbem Herzen, unwillig und mit innerem Abscheu unter Druck der ägyptischen Erpressungen beipflichten, so muß von ihnen gefordert werden, daß sie dem Angreifer keinen weiteren Preis zahlen.

„Auch andere Kapitel“ im deutsch-jüdischen Verhältnis

Ich möchte noch etwas erwähnen, das mit dem besonderen Komplex der Beziehungen zwischen uns und Deutschland zusammenhängt. In der öffentlichen Meinung soll nicht der Eindruck entstehen, daß sich dieses Kapitel in der Erbitterung erschöpft, die bei uns auf Grund der Tätigkeit einer Handvoll gewissenloser und skrupelloser Wissenschaftler entstanden ist. In unseren Bestrebungen um eine Annäherung und eine Freundschaft mit dem neuen Europa, seinen gemeinschaftlichen Institutionen und den Einrichtungen seines wirtschaftlichen Zusammenschlusses, die bereits bestehen oder noch entstehen werden, darf man den Faktor Deutschland als einen der entscheidenden nicht unerwähnt lassen. Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland ist im Wachsen begriffen. Wir sind an der Stärkung unserer Beziehungen zu allen europäischen Staaten interessiert. Wir würden keinen Vorteil aus Spannungen ziehen, die zwischen uns und Westeuropa, zu dem auch die sich erneuernde Bundesrepublik Deutschland gehört, entstünden. Diese Beziehungen sind von schwerwiegender Bedeutung für unsere Eigenentwicklung auf allen Gebieten. Die Aufgabe, die unter diesem Gesichtspunkt der Bundesrepublik Deutschland in der westlichen Welt und in Europa zufällt, verpflichtet uns zu einer sachlichen und umfassenden Einschätzung und Rücksichtnahme. Vor allem: wir müssen verstehen, daß es sich um ein Millionenvolk handelt, aus dem Kräfte der Erneuerung und der Abschüttelung der jüngsten Vergangenheit hervorberechen, ein Volk, das in seiner Ver-

gangenheit auch andere Kapitel in seinen Verflechtungen mit unserem Volk aufzuweisen hat, und von dem man hoffen darf, daß in ihm große verborgene Kräfte schlummern, „und das nicht wünscht, die Spannungen zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk in aller Welt zu erhöhen und das daran nicht interessiert sein kann“.

Ich habe dies alles gesagt, nicht um etwa den Nachdruck unserer moralischen Forderung abzumildern, daß die Mitarbeit der deutschen Wissenschaftler an der Kriegsmaschine aufzuhören hat, die erklärtermaßen und unverhohlen gegen uns gerichtet ist. Ich will der Bundesregierung, den Abgeordneten des Bundestages und dem deutschen Volke keine Ratschläge erteilen, welches die besten Mittel zu diesem Zwecke sind. Die, die mit der Aufgabe betraut sind, haben die Lösung zu finden. Dennoch soll gesagt sein, daß es nicht unmöglich sein sollte, daß ein großer Staat für seine erklärte negative Einstellung zur Tätigkeit der Wissenschaftler nicht einen gesetzlichen und konkreten Ausdruck findet. Es darf für ein Volk, dessen Pflicht es ist, sich seiner jüngsten Vergangenheit zu stellen, nicht unmöglich sein, ein verfaultes Glied, das die Vergangenheit in unseren Tagen fortsetzen möchte, der Verachtung preiszugeben und auszustoßen.

Wir alle wollen hoffen, daß das deutsche Volk sich einen neuen Weg aus den Trümmern der furchtbaren Vergangenheit bahnen wird. Von hier ergeht der Ruf an dieses Volk und seine Regierung, mit der Vergangenheit ins Gericht zu gehen und nicht zuzulassen, daß diese Vergangenheit wieder ihr Haupt erhebt. Das ganze Volk, seine Jugend, Frauen und Mütter, die Presse, der Rundfunk, das Fernsehen, die Millionen Mitglieder der Gewerkschaften, die das Wirken der Wissenschaftler verurteilt haben, die Intelligenz, die Schüler und ihre Lehrer in allen Stufen der Erziehung — sie alle können die Atmosphäre schaffen, die jeden Deutschen, ob er nun Wissenschaftler, Techniker oder nur einfach der Mann der Straße ist, dazu anregt, sich davor zu hüten, unseren Todfeinden eine helfende Hand zu reichen.

Verjährung der Naziverbrechen?

Zum Problem der Abrechnung des deutschen Volkes mit seiner Vergangenheit gehört auch das Thema der Verjährung

der Naziverbrechen, die in der Bundesrepublik Deutschland im Mai des kommenden Jahres eintreten soll. Unser aller Empfindungen wurden durch das Mitglied des Obersten Gerichtes, Professor Moshe Silberg, Ausdruck verliehen, der vor drei Wochen in einem Strafurteil folgendes sagte: „Es nähert sich der 8. Mai 1965, an dem nach dem Gesetz der Bundesrepublik alle Naziverbrechen verjährt sein werden, obwohl der Einfluß noch merkbar ist und ihr giftiger Atem noch in gewissen Schichten der Bevölkerung spürbar ist. Der Rechtsausschuß der französischen und der internationalen Vereinigungen der Widerstandskämpfer war also im Recht, als er am 2. Juli 1964 in Paris zusammentrat und von Deutschland und den anderen ‚Asylländern‘ der Nazi verlangte, die Verjährung von zwanzig auf dreißig Jahre nach der Niederlage Deutschlands, das heißt bis 1975, zu verlängern.“ Prof. Silberg hatte vorher ausgeführt, daß „in bezug auf die geisterhaften Verbrechen der barbarischen Nazi“ die Erfahrung Zeugnis dafür ablegt, daß „die Verjährungsfrist zu kurz und nicht imstande ist, die Wunden der Vergangenheit vernarben zu lassen“.

Auf der Pressekonferenz, die ich zu Beginn meiner Rede erwähnte, sagte der Bundeskanzler zwar, daß auf Grund der Akten, die sich im Besitze der deutschen Behörden befinden, es fast in allen diesen Fällen möglich sein wird, Verfahren zu eröffnen. Dennoch gab er seiner persönlichen Meinung Ausdruck, die Verjährungsfristen für Morde und Greuelthaten zu verlängern, damit sich jene Verbrecher nicht der Strafe entziehen, gegen die belastendes Material erst nach dem 8. Mai aufgefunden werden sollte. Ich will hoffen, daß diese persönliche Meinung Professor Erhards zum Gemeingut des ganzen deutschen Volkes und seiner Regierung und auch vom Bundestag übernommen wird. Über die Frage der Verjährung der Verbrechen hinaus besteht ein historisches Problem. Verbrechen solcher Art verjähren nicht mit dem Kalender. Wenn die Deutschen wollen, daß das Kapitel der Vergangenheit angehören soll, dann obliegt es ihnen, dafür zu sorgen, daß Verbrecher dieser Art nicht in den Genuß der Verjährung gelangen. Das Volk soll hoffen dürfen, die Verbrecher nicht.

Bücher

Wilhelm Hennis, Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft. Hermann Luchterhand Verlag GmbH, Neuwied am Rhein und Berlin 1963 (Politica, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, hrsg. v. W. Hennis u. H. Maier, Bd. 14). Ln. DM 12,50.

Es gehört zu den gängigen Formeln der Diskussion über die Lage der Wissenschaften, daß die politische Wissenschaft eine junge Disziplin sei und in Deutschland hinter der Entwicklung der Political Sciences in den angelsächsischen Ländern hinterherhinke. Letzteres ist zu einem Teil ohne Zweifel richtig und scheint uns vor allem für die politische Theorie und deren Geschichte zu gelten. Andererseits aber hat die deutsche politische Wissenschaft durch Forscher wie Carl J. Friedrich und Arnold Bergsträßer,

den jüngst verstorbenen, unvergeßlichen Freiburger Ordinarius, den Anschluß an die internationale Entwicklung dieses Faches wieder gefunden. Allenthalben werden neue Lehrstühle für Politik errichtet, und das Fach erhält immer stärkeres Gewicht auch im Unterricht der Schulen. So gewinnt die Öffentlichkeit vielfach den Eindruck, hier handele es sich um ein ganz neues Fach, das erst neuerdings die akademische Arena betrete. Diese weit verbreitete, aber irriige Meinung ist Folge einer wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung, die zur Auflösung der alten Politik als umfassender Wissenschaft, wie sie sich seit Aristoteles verstand, in eine Reihe von Einzelwissenschaften geführt hat (Nationalökonomie, Staatslehre, Soziologie etc.). Wilhelm Hennis, Professor für Politik an der Hamburger Universität, analysiert in seiner Studie zunächst die gegenwärtige Lage seines Faches. Er sieht die politische Wissenschaft der Gegenwart auf der Suche nach ihrem Gegenstand, philosophische Orientierung und Problemstellung seien ihr weitgehend verlorengegangen zugunsten überwiegend empirischer Arbeit. Politische Philosophen wie

Bertrand de Jouvenel, Jean Dabin oder Leo Strauß bleiben Einzelgänger und lassen so den Mangel an philosophischer Fragestellung nur noch deutlicher sichtbar werden. Hennis sieht die Gefahr, daß die politische Wissenschaft der Wirklichkeit des Politischen, die zu erfassen ihr aufgegeben ist, nicht mehr Herr werde und die Wirklichkeit ihrerseits der Wissenschaft Art und Weise ihrer Forschung vorschreibe. „Statt über die Zeit, in der sie steht, zu reflektieren, reflektiert sie diese“ (S. 18).

Hennis verkennt die Bedeutung der empirischen Forschung nicht, warnt jedoch vor ihrer Überschätzung, denn gerade die empirische Arbeit lasse die Bedeutung der „Wertbeziehung“ sichtbar werden. Ohne solche Wertbeziehung vermag das politische Denken der Gegenwart jedoch kaum seine „eigentümliche Orientierungslosigkeit und Zukunftsblindheit“ zu überwinden. Den eigentlichen Grund für die Krise der politischen Wissenschaft sieht denn der Verfasser auch in der Tatsache, daß die Politik ihren systematischen Ort im Zusammenhang der Wissenschaften als praktische Philosophie nicht mehr besitze.

Hennis untersucht daher die wesentlichen Besonderheiten, die der alten Politik als praktischer Philosophie seit Aristoteles eigen waren: Praxis, Telos und Topik. Im Bereich der Praxis geht es nicht nur darum, daß man etwas tut, sondern auch darum, was man tut und wozu man es tut. Carl J. Friedrich hat die Konsequenz aus dieser Einsicht für die Politik als Wissenschaft einmal treffend mit dem folgenden Bild beschrieben: „Eine politische Wissenschaft, die nicht die Aussicht böte, zu normativen Urteilen zu gelangen, wäre einer Medizin zu vergleichen, die zwar die Ursachen und den Verlauf der menschlichen Krankheiten zu schildern in der Lage wäre, dagegen weder irgendwelche Prognosen noch Heilmittel und -methoden zu bieten hätte.“ Soll die Politik normative Wissenschaft sein, ist eine Rückbesinnung auf die topisch-dialektische Erkenntnishaltung unerlässlich, und damit auf ein Denken, das den Mut besitzt, sich lediglich im Bereich des Wahrscheinlichen zu bewegen und auf die „Stringenz apodiktischer Demonstrationen“ zu verzichten. Nur ein solches Denken ist in der Lage, dem Gegenstand der politischen Wissenschaft wirklich gerecht zu werden. Die Politik muß sich der Relativität ihrer Begriffe stets bewußt bleiben und doch den Bereich des Politischen mit aller Strenge wieder in die Zucht ihres wissenschaftlichen Bemühens nehmen. Sie bedarf einer eigentümlichen Distanz zur Wirklichkeit, will sie sich nicht auf die Feststellung und Beschreibung von Fakten beschränken, sondern auf die Fragen des Politischen Antworten geben, die praktisch wirksam werden können, Antworten, die sagen, was geschehen soll, und nicht nur, was geschieht.

Hennis' Buch ist ein eindrucksvoller Appell an die politische Wissenschaft, sich ihres sozialen Auftrages als praktischer Philosophie zu erinnern. Mehr kann und will diese Studie nicht sein. Auf dem hier abgesteckten Terrain gilt es weiterzuarbeiten. Vordringlich scheint uns die Frage, worin das Telos (oder die Teloi) des Politischen in der pluralistischen Gesellschaft liegen kann. Es ist gewiß kein Zufall, daß der Begriff des Gemeinwohls in den neueren Diskussionen — etwa bei v. d. Gablentz — wieder eine Rolle spielt. Auch Hennis befaßt sich (S. 65 ff.) eingehend damit, und er ist mit Gaston Fessard tiefest von der „eternelle jeunesse“ dieses Begriffes überzeugt. Hier muß die Politik als praktische Philosophie noch viel leisten!

Bernhard Unckel

Herbert Krüger, *Allgemeine Staatslehre*. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1964. XXIII, 1028 S. DM 59,—.

Nach den großen Staatslehren von Jellinek und Heller erscheint nun wieder nach einem Zeitraum von dreißig Jahren ein großes Werk unter diesem Titel. Ist das Gleichmaß des Zeitabstands mehr als eine Zufälligkeit?

Die Staatslehre ist in vier Bücher unterteilt. Im ersten („Der Gegenstand“) wird der Ort des modernen Staates beschrieben, die äußeren Vorgegebenheiten, die geistigen Voraussetzungen der Staatsbildung. Der Verf. zeigt den modernen Staat als etwas ganz anderes als die entsprechenden Bildungen des Mittelalters und der Antike, als die Leistung Europas. Dabei werden die Zusammenhänge von Rationalismus und Säkularisierung für die Herausbildung des Modernen Staates als eines nur weltlichen Gebildes herausgestellt. Anstelle vertrauter historischer tritt systematische Argumentation: Als „System in der Horizontalen“ erscheint die Zuständigkeit als wichtiges Merkmal des modernen Staates. Unter der Bezeichnung des „Staates als System in der Vertikale“ finden sich „die Gedanken der Über- und Unterordnung und der Hierarchie“.

Im umfangreichsten zweiten Buch (S. 135–673) wird „das Sein des Staates“ als etwas Hervorzubringendes behandelt. Der Staat existiert als Ergebnis des Denkprozesses. Das Allgemeine ist ihm zugeordnet, während das Besondere in den Raum der Gesellschaft gehört. Ein Grundthema ist die These, daß der Staat weder eine Forderung Gottes noch der Sittlichkeit sei, vielmehr Frucht menschlicher Einsicht. Nur der bejahte Staat kann Freiheit und Leben gewährleisten. Die Menschen versuchen durch Steigerung der staatlichen Leistungsfähigkeit die Gruppe zu einer allgemeineren und richtigeren Stufe zu heben. Diesen Prozeß nennt Krüger Repräsentation. Es ist der Weg der Selbstvergütung zur Richtigkeit von Sein und Handeln des Staates. In diesem Zusammenhang werden Amt, Amtsträger und Gesetz behandelt als Inbegriffe des Allgemeinen, Verkörperung des nichtbesonderen Gesichtspunkts und Interesses.

Das 3. Kapitel des zweiten Buchs enthält ausführliche Abschnitte über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Die Gesellschaft, „Sphäre der legitimen Besonderheiten“, ist durch unzählbare Verbindungen mit dem Staat verflochten. Die Unterscheidung zwischen beiden wird heute immer schwieriger. Der Staat erscheint — so in der Überschrift des ganzen Kapitels (S. 341–673) — schließlich als die Gesellschaft. Politische Parteien, die öffentlichen Verbände und die Wirtschaft werden hier in ihrem staatsrechtlichen Stellenwert dargestellt. Die Unternehmen von öffentlicher Bedeutung erscheinen nicht nur wegen ihrer Nähe zu staatsähnlicher Organisation besonders wichtig: Die Gefahr der Wirtschaftskrisen für den ganzen Staat und die wohlfahrtsstaatliche Zielsetzung verleihen ihnen erhöhte Bedeutung. Bemerkenswert ist hier die besonders breite Berücksichtigung des Sozialrechts. Unter der Beschreibung der „Funktionsbereiche von Staat und Gesellschaft“ werden die Grundrechte behandelt. Der Staat erscheint als Beschützer der Gesellschaft, deren partikulare Tendenzen die Allgemeinheit bedrohen. Die Freiheit (S. 545 ff.) erscheint vorwiegend negativ: Pathologie der Freiheit, staatliche Bekämpfung des Fehlgebrauchs der Freiheit, die Aufsicht des Staates über die Gesellschaft.

Das dritte Buch behandelt die Tätigkeit des Staates. Die Werte, unter denen Leben und Arbeit des Staates stehen, sind der

politische Wert, der Rechtswert und der Verwaltungswert. Sie werden in ihrem Zusammenklang gesehen und nicht als Gegensätze dargestellt. Der Verf. zeigt hier die wachsende Verwischung auf, die die Unterscheidung von freiheitlichem und totalem Staat zunehmend erschwert. Schuld daran ist die zunehmende Ideologie- und Moralhaftigkeit der freiheitlichen Staaten (S. 762), deren Wesen gerade in der Nichtidentifikation mit besonderen Gruppen und Anschauungen bestehen sollte, und in dem wohlfahrtstaatlichen Trend, dem sich kein Staat der Welt entziehen kann.

Das letzte (vierte) Buch über „Staatsgewalt und Untertanengehorsam“ (S. 820–988) bringt Abschnitte über den Staatsnotstand, die Autorität, die Souveränität und die Kirchengewalt. Der moderne Staat versteht sich weltlich. Demzufolge kann er Unterworfenheit und Untertanengehorsam seiner Bürger nur auf seine staatliche Hoheit gründen und nicht auf Gott (S. 953).

Mit diesem Überblick ist der Inhalt des schillernden Werkes nur sehr andeutungsweise wiedergegeben. Krüger beschreitet mit seinem Werk neue Bahnen. Das Bild des modernen Staates, das er entrollt, ist unkonventionell. Bei manchen Begriffen hat eine fast völlige Sinnauswechslung stattgefunden (z. B. Repräsentation). Das macht die Lektüre nicht leicht. Die Staatslehre ist auch viel zu realistisch, um eine zusammenfassende These zu gestatten. Hierin liegt ihre Stärke, aber auch ihre Grenze. Eine Staatslehre von diesem Umfang könnte den Forschungsstand der Gegenwart wiedergeben oder ein eigener Beitrag zur Forschung sein. Beides will der Verfasser nicht. Er schreibt nicht nur für den Fach-

mann. Im Vorwort wendet er sich vielmehr an das breitere interessierte Publikum, dem die Staatslehre ein Nachschlagewerk sein soll. Deshalb wurde die größtmögliche Vollständigkeit erstrebt und deshalb enthält der reiche Anmerkungsapparat neben der deutschen auch ausländische, z. T. weithergeholte Literatur. Tatsächlich findet man sehr viel. Wirkliche Vollständigkeit ist für einen Autor allein freilich nicht mehr zu erreichen. Dadurch ergibt sich eine Beschränkung, die nicht gewollt ist und dem Leser bisweilen willkürlich erscheinen mag.

Bewundernswert ist die Gabe, überall die praktischen Konsequenzen zu sehen. So findet man hier in überreicher Fülle, bisweilen diskursiv, gerade die neuen rechtlichen und politischen Fragestellungen und Probleme. Die Rechtsprechung der obersten Gerichte ist eingearbeitet. Das ist ungewöhnlich und erhöht durch die Anreicherung von entschiedenen Rechtsfällen den Wert des Werkes für den, der die Beziehungen zwischen Theorie und Staatspraxis sehen möchte. Die Staatslehre von Krüger ist nicht nur so dick, wie die von Jellinek und Heller zusammen, sie ist auch ganz besonders reich in der aktuellen Verflechtung. Dies macht sie für den Wissenschaftler und für die interessierten Politiker, Praktiker, kurz: Laien so wertvoll, die der Verfasser als Leser im Auge gehabt hat. Das Werk zeichnet sich durch ungewöhnliche Kenntnisse in wirtschaftlichen Fragen aus. Es verrät Kenntnis der Welt aus eigener Anschauung. Von dort strömt das reiche Anschauungsmaterial ein, das dem Leser die wachsende Einheit der modernen Welt plastisch werden läßt.

Hans Dreyer

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Eberhard Amelung, 355 Marburg, Wilhelmstraße 20, Tel. 3436. Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises: 53 Bonn, Am Hof 28, Tel. 57001. Verlag: Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH., Bonn, Argelandstr. 173, Postscheckkonto: Köln 193795. — Erscheinungsweise: monatlich. — Bezugsgebühr: 1,— DM monatlich, 10,— DM jährlich. — Druck: Eukerdruck Marburg.

Artikel, die mit vollem Namen gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.